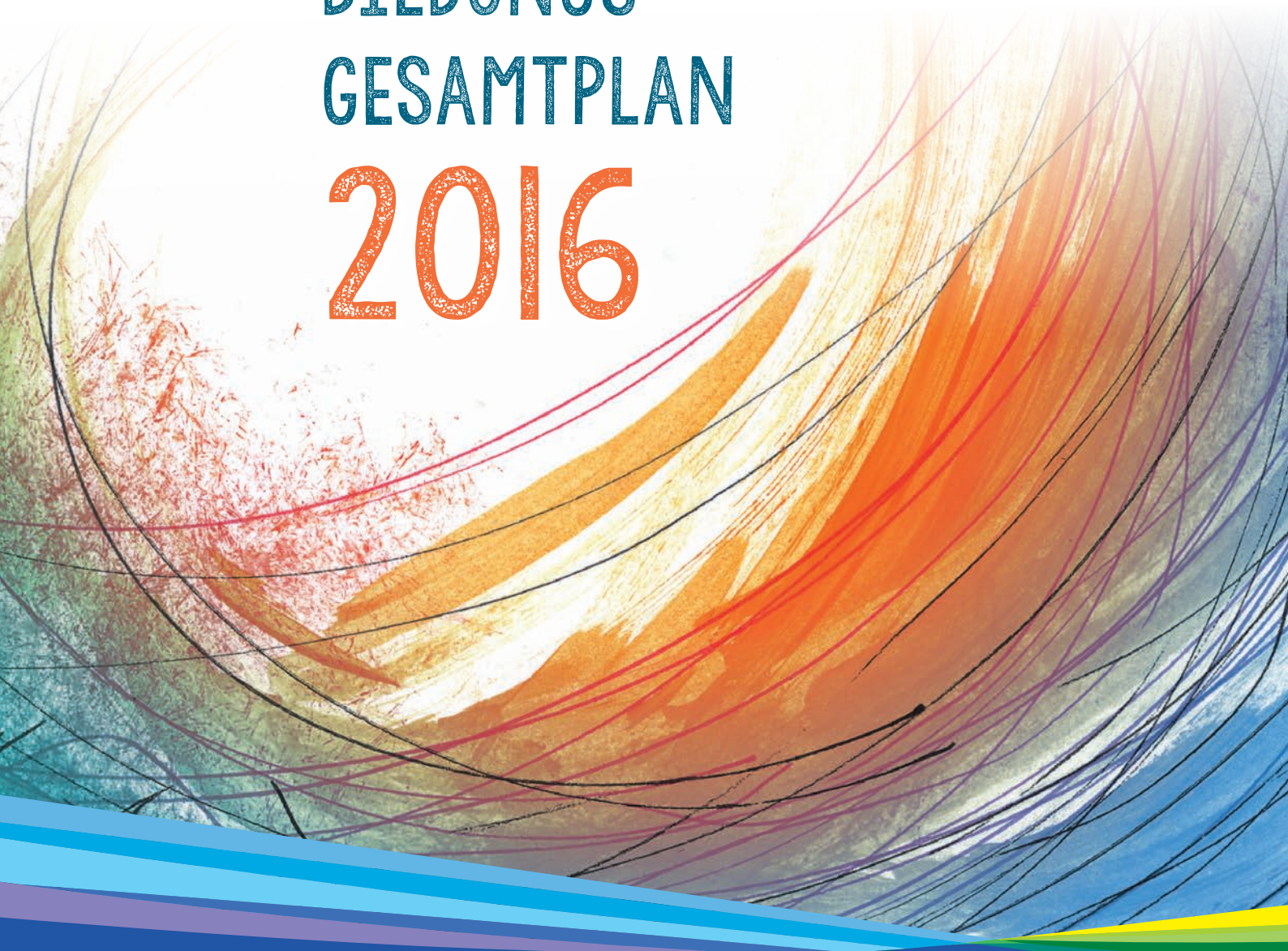


GUT GEBILDET GLAUBEN



Ein Bericht zur Weiterentwicklung
der Konzeption, Ziele und Maßnahmen
der Bildungsarbeit in der Evangelischen
Landeskirche in Baden

BILDUNGS- GESAMTPLAN 2016



▷ VORWORT

Im 500. Jubiläumsjahr der Reformation legt die Evangelische Landeskirche in Baden eine Neufassung des Bildungsgesamtplans vor. Bildung ist das Lebenselixier für die Entwicklung moderner Gesellschaften. Bildung ist auch der entscheidende Faktor dafür, das gesellschaftliche Zusammenleben human zu gestalten. Nur durch Bildung können der vorbehaltlose Respekt der Menschenwürde und der Menschenrechte, Toleranz, Demokratiefähigkeit, Nächstenliebe und Solidarität erhalten und von einer Generation zur nächsten weitergegeben werden. Dem Ziel einer Humanisierung der Gesellschaft durch Bildung ist die Evangelische Kirche von ihren reformatorischen Wurzeln her tief verpflichtet. Luther und Melanchthon setzten sich daher für allgemeine Schulbildung aller Jungen und Mädchen ein, beförderten den Ausbau der höheren Schulen und der Universitäten.

Der vorliegende Bildungsgesamtplan greift dieses reformatorische Anliegen aus heutiger Perspektive unter der Überschrift „*Bildungsgerechtigkeit*“ auf. Er geht auf die aktuellen Herausforderungen durch die zunehmende soziale Kluft von Armut und Reichtum, von Migration und Flucht, durch die mangelnde Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ein. Dabei knüpft er an die zentrale Erkenntnis der Reformation an: *„Aus dem Glauben an Gottes Gerechtigkeit und Barmherzigkeit leitet sich das engagierte Eintreten von Christinnen und Christen für mehr Bildungsgerechtigkeit ab“* (EKD-Synode 2010). *„Keiner soll verloren gehen!“* Darauf will die Evangelische Landeskirche in Baden ihr Bildungshandeln ausrichten.

Die zunehmende religiöse und weltanschauliche Pluralisierung und Säkularisierung, aber auch der religiöse Traditionsverlust in den Familien rückt die Frage in den Mittelpunkt, wie Menschen religiös sprachfähig werden, den christlichen Glauben verstehen und mitteilen können, wie sie im

Dialog mit Menschen, die andere religiöse oder weltanschauliche Positionen vertreten, das Eigene vertreten können. Das setzt eine gute religiöse Bildung für alle voraus. *„Gut gebildet glauben“* ist darum der Leitspruch der Bildungskonzeption, die in diesem Bildungsgesamtplan ausgearbeitet und in konkreten Zielen und Maßnahmen das Bildungshandeln der Evangelischen Landeskirche in Baden ausrichten soll. Die rasante Entwicklung im Bildungsbereich, neue Herausforderungen wie die Digitalisierung oder die politische Forderung der Inklusion von Minderheiten haben eine Überarbeitung des Bildungsgesamtplans von 2009 notwendig gemacht. Es gilt, das Bildungshandeln in der Landeskirche durch eine Schärfung der Konzeption wie auch der Bildungsziele und durch neue Maßnahmen in den kommenden Jahren voranzubringen.

Der Bildungsgesamtplan gibt Auskunft darüber, wie wir Bildung verstehen, wo wir die Herausforderungen für die Bildungsarbeit in der Landeskirche sehen und was wir vonseiten der Landeskirche tun wollen. Wir sind uns dessen bewusst, dass das Bildungshandeln im Bereich der Evangelischen Landeskirche in Baden wesentlich breiter, umfassender und bunter ist, als es hier erfasst werden kann. Unser Ziel war es nicht, die ganze Fülle darzustellen. Allen, die sich auf vielfältige Weise in der Bildungsarbeit engagieren, gebührt großer Respekt und Dank! Sie tragen entscheidend dazu bei, dass Menschen ihr Leben vertrauensvoll und selbständig gestalten können, dass grundlegendes Wissen, christliche Einstellungen und Werte weitergegeben werden, die für die demokratische Gesellschaft und die Kirche der Zukunft notwendig sind. Mit diesem Bildungsgesamtplan wollen wir vonseiten der Landeskirche Vorschläge für das Bildungshandeln der kommenden Jahre machen, die orientierend wirken. Der Bildungsgesamtplan wurde der Landessynode der Evangelischen Landeskirche in Baden auf der Herbsttagung 2016 vorgestellt und



Foto: Matrioshka, fotolia.com

kritisch diskutiert. In einer Überarbeitung wurden die Anregungen der Synode aufgegriffen. Der „Arbeitsgruppe Bildungsgesamtplan“, die den Text erarbeitet hat, sei herzlich gedankt. Besonderer Dank richtet sich an Dr. Uwe Hauser, den Direktor des Religionspädagogischen Instituts der Landeskirche. Die Bildungskonzeption stammt wesentlich aus seiner Feder. Nun wünsche und hoffe ich, dass der Bildungsgesamtplan in den Kirchenbezirken

und Gemeinden der Badischen Landeskirche, aber auch in Schulen und Kindertageseinrichtungen und in diakonischen Arbeitsfeldern, wahrgenommen, aufgenommen und diskutiert wird.

Karlsruhe, Frühjahr 2017

*Oberkirchenrat
Prof. Dr. Christoph Schneider-Harprecht*

Diese Heft wurde mit Farben aus nachwachsenden Rohstoffen in einer EMAS-zertifizierten Druckerei hergestellt.



▷ INHALT

VORWORT	2
Die Verbindung zwischen den Bildungsgesamtplänen 2009 und 2016	5
1. Theologische Überlegungen und Bildungszusammenhänge	7
2. Herausforderungen und Aufgaben	
2.1. Veränderungen im öffentlichen Bildungswesen	12
2.2. Pluralismus und Säkularität	15
2.3. Migration und Armut	19
2.4. Demografische Entwicklung und Entwicklung der Mitarbeiterschaft	22
2.5. Familie	28
2.6. Inklusion	32
2.7. Friedensbildung	36
2.8. Medien in der evangelischen Bildungsarbeit	38
2.9. Ehrenamt braucht Bildung	41
3. Ziele und Maßnahmen	
3.1. Veränderungen im öffentlichen Bildungswesen	44
3.2. Pluralismus und Säkularität	45
3.3. Migration und Armut	46
3.4. Demografische Entwicklung und Entwicklung der Mitarbeiterschaft	47
3.5. Familie (frühkindliche Bildung, generationenübergreifende Bildung)	48
3.6. Inklusion	49
3.7. Friedensbildung	50
3.8. Medien in der evangelischen Bildungsarbeit	51
3.9. Ehrenamt braucht Bildung	52
4. Maßnahmen des Bildungsgesamtplans 2009 und ihre Durchführung	53
5. Fußnoten	60
IMPRESSUM	63

▷ DIE VERBINDUNG ZWISCHEN DEN BILDUNGSGESAMTPLÄNEN 2009 UND 2016



Foto: radachynskyi, fotolia.com

Der Bildungsgesamtplan 2009 geht zurück auf eine Initiative der Badischen Landessynode, die sich im Jahr 2007 das Ziel gesetzt hatte, zur Vertiefung des Wissens über den christlichen Glauben das Bildungsangebot der Landeskirche und ihrer Diakonie neu auszurichten.

Erklärtes Ziel des Bildungsgesamtplans 2009 war es, „Auftrag und Ziel evangelischer Bildungsarbeit zu klären“¹. Über die Darstellung der Bildungszusammenhänge (A) wurden die Lebenswelten beschrieben, in denen Menschen in unserer Landeskirche leben (B). Dies führte zur Frage, vor welchen Herausforderungen die Landeskirche stehe (C). Daraufhin wurden die Handlungsfelder evangelischer Bildungsarbeit (D) beschrieben und Handlungsstra-

tegien entwickelt, um die Herausforderungen möglichst angemessen zu beantworten (E). Der vorgelegte Bildungsgesamtplan 2016 versteht sich nicht als Neuauflage, sondern als Fortschreibung des bisherigen.

Für den nun vorgelegten Bildungsgesamtplan wurden daher mehrere Grundentscheidungen getroffen:

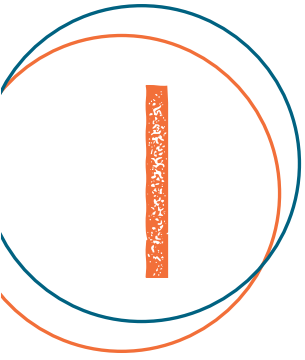
1. Der Abstand von sieben Jahren zwischen Bildungsgesamtplan 2009 und seiner Fortschreibung 2016 ist zu kurz, als dass die Beschreibung der Lebenswirklichkeit (B) einer grundlegenden Überarbeitung bedurft hätte.
2. Die Handlungsfelder evangelischer Bildungsarbeit (D) sind im Bildungsgesamtplan ausführlich und grundlegend beschrieben. Sie mussten nicht wiederholt werden.

3. Es sollten nicht alle Handlungsfelder kirchlicher Bildungsarbeit im Sinne einer aufzählenden Beschreibung dargestellt, sondern ihre zentralen Herausforderungen und Aufgaben in den Blick genommen und die dafür notwendigen Maßnahmen definiert werden.

Nach sechs Jahren sind wesentliche Ziele des Bildungsgesamtplanes abgearbeitet. Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich verändert und neue Herausforderungen sind deutlich erkennbar. Im Eingangsteil des Bildungsgesamtplans werden der evangelische Bildungsbegriff neu überdacht, die Herausforderungen aufgegriffen und mit Zielen und konkreten Maßnahmen hinterlegt. Die Erreichung der Maßnahmen, die im Bildungsgesamtplan 2009 vorgestellt wurden², werden am Ende des Bildungsgesamtplanes 2016 tabellarisch dargestellt.

Foto: dadima, fotolia.com





▷ THEOLOGISCHE ÜBERLEGUNGEN UND BILDUNGSZUSAMMENHÄNGE

Gemäß biblischer Tradition ist der Mensch ein Wesen aus Gottes Hand. Von ihm gewollt, und zu seinem Gegenüber, seinem Ebenbild, erschaffen und bestimmt (1. Mose 1,27). Uneinigkeit herrscht allerdings über die Frage, worin die Ebenbildlichkeit des Menschen besteht: Ist es die Sprach- und Denkfähigkeit, die es ihm ermöglicht, Geistiges zu verarbeiten und zu durchdringen? Oder ist es der Besitz einer wie auch immer gearteten „Seele“?

Die Antwort fällt in evangelischem Verständnis nicht ontologisch sondern vielmehr relational aus: Der Mensch ist ein beziehungsreiches Wesen, das von Gott mit der Möglichkeit ausgestattet wurde, sich auf ihn, seinen Nächsten und die Welt zu beziehen³. Der Mensch muss es nicht mit sich selbst und seinesgleichen allein aushalten. Er ist an Gott, den Nächsten und die Welt gewiesen und darf diese Beziehungen im Laufe seines Lebens immer reicher entfalten. Das ist der Weg, den der Mensch gehen kann und soll.

Der Mensch ist nicht auf sich selbst zurückgeworfen. Er ist eingebettet in die (beziehungs-)reiche Welt des Geschaffenen, die er erkunden und durchdringen kann, „*bebauen und bewahren*“ soll.

Dieser Auftrag an den Menschen zu **Welterkundung und -durchdringung** will angenommen und verwirklicht werden⁴. Bildung ist einer der Schritte, in denen sich dieser Auftrag vollzieht. Dabei geht es nicht nur darum, eine komplexe äußere Wirklichkeit zu erschließen und sich anzueignen oder gar als fremdes Gegenüber distanzierend zum eigenen Ich zu setzen. Vielmehr geht es um das Auffinden und Einordnen der eigenen Person, des Nächsten, ja der ganzen Schöpfung in den hochdynamischen Kosmos⁵, die Welt des Geschaffenen – und sein Bezogensein auf Gott. Aber nicht allein der Objektbezug bildet den Menschen. Vielmehr ist es auch die Aufgabe, sein Inneres, in der Sprache der Bibel, sein Herz, zu bilden.

In gestalteten Bildungsprozessen und der persönlichen Aneignung wird dieser Weg beschritten.

Bildung ist eine Aufgabe, die in der Kirche zu Hause ist. Sie ereignet sich in den Vollzügen kirchlichen Handelns und Lebens: in der Bezeugung und der Verkündigung des Evangeliums, der Feier des Gottesdienstes mit anderen, im Eröffnen von Ermöglichungs- und Lernräumen, im Dienst an den Menschen, an die wir gewiesen sind, sowie in der Aufgabe, unser Leben so zu gestalten, dass die Gemeinschaft mit allen Menschen und der uns anvertrauten Schöpfung zu einem dem Glauben an den dreieinigen Gott entsprechenden Ausdruck kommt.

Ausgangspunkt auf diesem Weg ist das **Menschenbild**, wie wir es in der biblischen Tradition finden und in der Person Jesu Christi als verwirklichte Möglichkeit erkennen können. Das Streben des Menschen nach dem Guten, nach Gerechtigkeit, nach Glück, nach dem gelingenden Leben und zugleich sein Unvermögen und die Vergeblichkeit seines Tuns, sein Scheitern, gehören zu den Grunderfahrungen menschlicher Existenz. Der Mensch weiß letztlich um die Begrenztheit seiner Möglichkeiten. Ein Bildungsverständnis aus evangelischer Perspektive weiß um diese Größe menschlicher Mög-



lichkeiten und um ihr fortwährendes Scheitern. „*Wollen habe ich wohl, aber das Gute vollbringen kann ich nicht*“ (Römer 7,18), schreibt Paulus über sich. Perfektion ist nicht nur nicht erreichbar, sondern kann sogar eine Quelle der Zerstörung der Gottesbeziehung bilden.

Der Christenmensch befindet sich vielmehr auf dem Weg der „*täglichen Buße*“, und weiß, dass er keine Gerechtigkeit über sein Handeln erreichen kann – „*auch in dem besten Leben*“⁶. Die Bildung unterliegt dem paulinischen Wort, „*dass wir jetzt durch einen Spiegel ein dunkles Bild sehen, dann aber von Angesicht zu Angesicht*“ (1. Kor. 13,12). Paulus ist sich aber gewiss, dass Gottes Angesicht trotz allem dem Sünder

zugewandt bleibt. Streben wie Scheitern ist Ausdruck der von Gott geschenkten Möglichkeit, das Leben nach Gottes Bild zu gestalten. Der „*neue Mensch*“ orientiert sich jedoch nicht mehr an dem, was vergeht und nur diesem Zeitalter angehört.

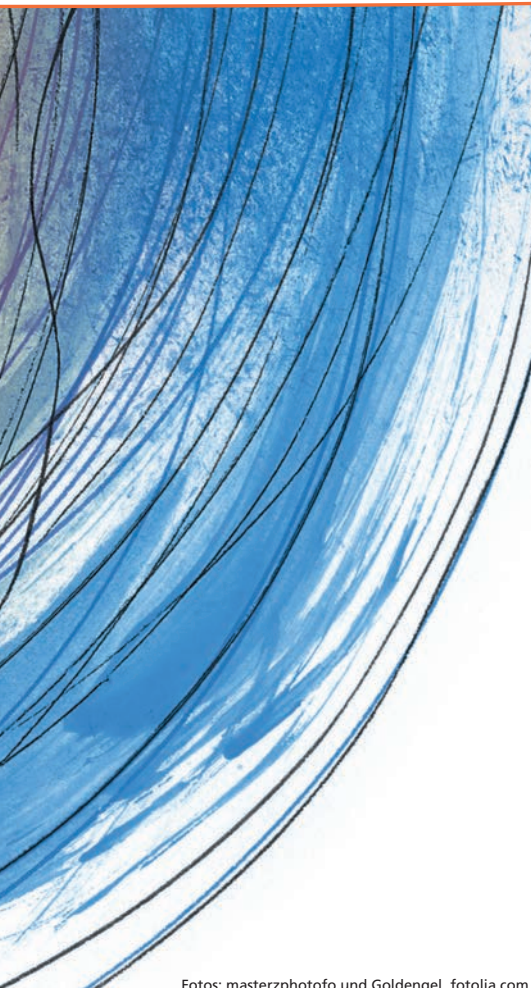
Der Mensch ist vielmehr ausgerichtet auf die kommende Welt Gottes. Dieses neue Leben wird durch die Taufe geschenkt und ist täglich neu zu gewinnen. In der **Taufe** wird der Christ gerufen, diesen Weg der täglichen Erneuerung und Umkehr, der Ausrichtung an Christus und die Verbindung zum Leib Christi immer wieder als geschenkte Möglichkeit wahrzunehmen.

Bildung aus evangelischer Perspektive nimmt diese Lage des

Menschen auf, indem sie ihm Zugänge eröffnet zu dem, was Menschsein vertieft und intensiviert.

Bildung als Prozess von Erinnerung und Aneignung

Evangelische Kirche trägt Verantwortung für das Bildungsgeschehen, das von ihr ausgeht. Dazu gehört sowohl das Bekanntwerden mit dem christlichen Glauben als auch die Möglichkeit, über andere Personen und ihre Haltungen im Dialog Zugänge zu den Gestalten des christlichen Glaubens zu gewinnen. Das Ziel muss daher die Befähigung zu persönlicher Aneignung und Auseinandersetzung mit „*Bildungsinhalten*“ sein, damit sie zu eigenen „*Bildungsgelalten*“ werden können⁷.



Fotos: masterzphotofo und Goldengel, fotolia.com

Bildungsorte und Lernwelten

Bildung findet in formellen und informellen Bezügen statt und bezieht sich auf alle Generationen. Neben der Schulbildung sind Erwachsenen- und Familienbildung wichtige Felder.

Bildung und Lernen von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen findet an den unterschiedlichsten Orten statt, da sich Bildungsprozesse nicht zeitlich, räumlich oder sozial eingrenzen lassen⁸.

Die Familie nimmt eine zentrale Stellung im Bildungsbereich ein, hat sie doch eine Doppelfunktion: Sie ist Bildungsort und Lernwelt zugleich. Sie stellt den ersten Erfahrungs- und Lernraum der Kinder dar und bestimmt durch ihre Orientierung,

Motivation und Hilfestellung den Erfolg der Bildungsmaßnahmen maßgeblich mit. Bildung und Erziehung sind somit das Ergebnis eines Zusammenspiels zwischen Familie einerseits und den verschiedenen Bildungseinrichtungen andererseits.

Die **Bildungswelt Familie** ist von den Bildungsorten, in denen sich Kinder und Jugendliche bewegen, zu unterscheiden. Bildungsorte sind lokalisier- und abgrenzbare Orte und Institutionen, die eine explizite Bildungsfunktion und damit eine Angebotsstruktur haben und sich durch eine zumindest minimal geplante, zielgerichtete Organisation ausrichten.

Lernwelten sind weder zeitlich noch örtlich klar eingrenzbar und haben keinen Bildungsauftrag – dennoch findet auch hier Bildung, gewissermaßen nebenher, statt⁹. Lernwelten sind beispielsweise die Gruppe der Gleichaltrigen (Peergroup [und/oder] Clique) oder Medien.

In der **Bildungswelt Familie** bildet die Gestaltung von Familientraditionen eine wichtige Grundlage für die Aneignung und Entfaltung eigener Religiosität und des eigenen Glaubens. Die Gesamtheit aller Bildungsorte, Lernwelten und die **Bildungswelt Familie** stellen ein komplementäres Bildungsarrangement dar, das ohne Bezug zueinander unvollständig bleibt. Dabei spielen generationenübergreifende informelle Bildungszusammenhänge eine wichtige Rolle innerhalb von Familien und sozialen Kontexten.

Der **Bildungsort Familie** kann mit dem **Bildungsort Kirche** verschränkt werden. Kinder stellen Fragen zur Welt, die sie umgibt. Sie haben ein Recht auf Auseinandersetzung mit dem Überlieferten und Vorfindbaren. Dazu gehören Sprache und Musik, Bildende Kunst, die Geschichte ihrer Kirche sowie die die Gesellschaft prägende und verändernde Kraft des christlichen Glaubens. Die Aneignung von Fähigkeiten, die Deutung und Anwendung des Erworbenen sowie die Entwicklung von eigenen Haltungen, Einstellungen, Normen und Werten finden in einer persönlichen Art des Wahrnehmens, Deutens, Urteilens, Kommunizierens und Handelns statt.

Die breiten bildungswissenschaftlichen Diskussionen und Untersuchungen zu diesen Bildungsaspekten stellen die Individualität der Aneignungsprozesse ebenso wie ihre Beziehungsabhängigkeit und die Bedeutung sozialen Lernens sowie der formalen, nonformalen und informellen Bildungsprozesse in Gruppen heraus. Das stellt große Anforderungen an die Gestaltung von erfolgreichen Bildungsprozessen in Gemeinde, Schule und an außerschulischen Bildungsorten. Mit der Taufe stellt sich die Frage nach der **Bildungsgerechtigkeit**¹⁰. Denn in der Taufe werden die von Menschen gesehenen Unterschiede vor Gott aufgehoben. So bedeutet die Erkenntnis der Unmittelbarkeit des Einzelnen vor Gott einen Blick auf den ganzen Menschen, auf Mädchen und Jungen, auf Frauen und Männer und zieht Konsequenzen für das

menschliche Zusammenleben nach sich.

Bildungsgerechtigkeit hat das Ziel, dem Einzelnen in jedem Lebensalter eine „verantwortliche Teilnahme am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben zu erlauben“¹¹. Zwar können diese Bemühungen immer nur vorläufig sein, aber die Tendenz zur Ermöglichung des Zugangs zu allen Chancen und dem Abbau von Benachteiligungen ist ein Ziel evangelisch verantworteter Bildungsarbeit. Wie können also Umstände und Zusammenhänge hergestellt werden, die es Menschen erlauben, ihre Fähigkeiten umfänglich zu entfalten? Welchen Beitrag kann die evangelische Bildungsarbeit dabei leisten? Sie setzt allgemein zugängliche und auf Chancengleichheit beruhende Bildungsangebote voraus. Sie unterstützt ausdrücklich die Pluralität von Bildungszugängen – unabhängig von Herkunft und sozialem Stand, von Geschlecht und Behinderung, von kultureller Identität und Religion.

Feste Zuschreibungen im Zusammenleben von Frauen und Männern sind heute weitgehend einer Pluralisierung von Lebensformen gewichen. Bildungsprozesse tragen zur Prägung von Geschlecht durch Rahmenbedingungen, Themen und nicht zuletzt durch die Lerngruppe bei. Daraus ergibt sich die Reflexion von Bildung und Geschlecht als Auftrag evangelisch verantworteter Bildungsprozesse. Evangelische Bildungsarbeit leistet damit einen Beitrag zur Entwicklung einer geschlechterge-

rechten und partizipatorischen Kirche und Gesellschaft. Frauen und Männer werden befähigt, sich am öffentlichen und kirchlichen Diskurs zu beteiligen und sich kritisch mit geschlechtsspezifischen sozialen Rollen auseinanderzusetzen.

Die Frage nach der angemessenen **Verhältnisbestimmung von Naturwissenschaft und Glaube** durchzieht die Geschichte des Christentums. Zur Bildungsverantwortung der Kirche gehören der Diskurs und die kritische Auseinandersetzung mit den Fachwissenschaften, was eine grundlegende Offenheit für die Kultur der Gegenwart voraussetzt.

Bildung aus evangelischer Perspektive hat die Begegnung mit dem Nächsten, insbesondere von verschiedenen **Generationen**, zur Voraussetzung. Sie geschieht in Gemeinschaft an verschiedenen Bildungsorten und bringt das Wort Gottes als Angebot ins Gespräch. Sie ermuntert zur persönlichen Auseinandersetzung mit dem verkündigten Wort Gottes und unterstützt die Suche nach eigenem Glauben wie das Aneignen der Glaubensüberlieferung.

Bildung aus evangelischer Perspektive – als Begegnung und Dialog

Bildung aus evangelischer Perspektive ist als Prozess zu verstehen, in dem Gott mit dem Menschen ins Gespräch kommt. Die im Evangelium geschilderten offenen Situationen laden zum Gespräch ein. Es wird Raum zur Auslegung der eigenen Le-

benserfahrung eröffnet. Der Frage nach Gott, dem Bedürfnis nach Gemeinschaft, der Suche nach Sinn und Bewältigung des Lebens kann hier Ausdruck verliehen werden. Menschen werden dabei in ihrer Sinnsuche wie in der Vertiefung ihrer Gottesbeziehung begleitet. Die Auseinandersetzung mit neuen Lebensentwürfen, fremden Gedankengängen, mit Fragen und ungewissen Antworten, mit anderen Weltbildern oder Glaubensüberzeugungen geschieht in der Achtung vor der Suche des Anderen. Sie fordert dazu heraus, sich auf das Leben, auf die Begegnung mit anderen Menschen und mit Gott einzulassen. Gelingen kann dies nur durch eine dem Einzelnen zugewandte Haltung.

Kirchliches Bildungshandeln will dabei die **Sprachfähigkeit** fördern, sowie die Reflexion und Artikulation des eigenen Glaubens stärken. Das Anrecht auf Achtung umfasst den ökumenischen Dialog mit Menschen anderer Kirchen und Gemeinschaften sowie den **interreligiösen und interkulturellen Dialog**, die Begegnung mit Menschen ohne religiöses Bekenntnis und mit Menschen aus verschiedenen sozialen Milieus und Kulturen. Bildung aus evangelischer Perspektive ist ausdrücklich auf Dialog hin angelegt und basiert auf dem Anrecht des Menschen auf wechselseitige Achtung.

Angesichts einer höheren Komplexität und Pluralität gesellschaftlicher Konstellationen kommt dieser Form von Gespräch über den eigenen Glau-

ben mit anderen immer größere Bedeutung zu.

Die Inklusive Dimension

Inklusiv ist ein Bildungsangebot dann zu nennen, wenn es ausnahmslos allen Menschen Zugänge ermöglicht. Voraussetzungen dafür sind die Achtung der Würde jedes Einzelnen unabhängig von Behinderungen oder sozialen Einschränkungen, von Herkunft und Sozialisation, die gleiche Wertschätzung von Kindern und Jugendlichen, von Frauen und Männern, die Partizipation aller Beteiligten am Bildungsprozess, die Achtung vor den sich entwickelnden Fähigkeiten von Kindern und Jugendlichen. Eine inklusive Haltung beachtet deren Vielfalt, Verschiedenheit und Begabungen. Unterschiede zwischen den Menschen werden als Bereicherung für die Gemeinschaft wahrgenommen, ein weitgehend barrierefreier Zugang zu Bildungsorten und Bildungsgelegenheiten, zu Lern- und Austauschprozessen wird ermöglicht.

Die gesellschaftliche Dimension

Bildungsprozesse führen Menschen entlang ihres Lebenslaufs in die Auseinandersetzung mit sich und ihrer Umwelt. Bildung aus evangelischer Perspektive nimmt diese Impulse wahr und stellt Anknüpfungen für das Verstehen und Gestalten gesellschaftlicher Prozesse bereit. Die gesellschaftliche Dimension kirchlichen Bildungshandelns lässt sich demnach aus der Lebenswelt der Menschen sowie vom Anspruch einer Bil-

dung aus evangelischer Perspektive, die auf Selbstgestaltung und Weltgestaltung zielt, herleiten.

Bildung aus evangelischer Perspektive unterstützt eine politisch-demokratische, grundwertorientierte, interkulturelle wie interreligiöse Bildung und bleibt dabei auf die Kooperation all jener, die das Gedeihen einer Gemeinschaft und das friedliche und tolerante Zusammenleben in der Gesellschaft fördern und gestalten wollen, angewiesen.

Zusammenfassung

Bildung aus evangelischer Perspektive hat ihren Ursprung in der

rechtfertigenden Verkündigung vom gekreuzigten und auferstandenen Christus. Gott hat sich den Menschen in Jesus Christus ein für alle Mal zugewandt. Der Mensch ist bestimmt, Gottes Ebenbild, das er in Jesus Christus erkennt, werdend zu sein. Bildung aus evangelischer Perspektive ermutigt dazu, Erfahrungswissen und Glaubenswissen zusammenzuhalten. Religiöse Bildung befähigt Menschen, ihren Glauben zu leben und ihn entdeckend zu vertiefen. Sie ereignet sich im Spannungsfeld von Überlieferung und Aneignung, in Begegnung und Gespräch, Verkündigung und Seelsorge und in der Beteiligung an Projekten zur Lebens- und Weltgestaltung.

Fotos: cranach, fotolia.com



2

▷ HERAUSFORDERUNGEN
UND AUFGABEN

2.1. VERÄNDERUNGEN IM ÖFFENTLICHEN BILDUNGSWESEN

Vom Lern- zum Lebensort

Öffentliche Bildungsorte entwickeln sich von **Lern- zu Lebensorten**. Der flächendeckende Ausbau von Krippen, die Ganztagschule in offener oder gebundener Form oder die Gemeinschaftsschule sind berechtete Beispiele für diese Tendenz. Die Sozialisation verlagert sich aus der Familie in die öffentlichen Einrichtungen. Für die Kirche stellt sich damit die Frage, wie sie als Partnerin an diesem Prozess partizipieren, religiöse Sozialisationsprozesse initiieren und unterstützen kann. Als Kirche, die an das Wohl und Heil des Menschen gewiesen ist, müssen zunächst die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen in den Blick genommen werden.

In der **Gemeinschaftsschule** werden verschiedene Bildungsstandards angeboten. Sie soll anhand individueller Lern- und Förderpläne für alle Schüler/-innen die individuellen Möglichkeiten stärken. Die Gemeinschaftsschule versteht sich dabei als inklusive Schule. Sie arbeitet in Lerngruppen. Statt der traditionellen Noten werden in den Nicht-Abgangsklassen „*Lernstandsberichte*“ erstellt.

Auch ein „*Sitzenbleiben*“ im herkömmlichen Sinne gibt es nicht mehr. Noten werden erst wieder in Klasse 9 und 10 erteilt, wenn die jeweiligen Bildungsabschlüsse, die zum Besuch weiterführender Schulen berechtigen, dokumentiert werden müssen¹².

Die Lehrkraft ist primär für die Gestaltung eines optimalen Lernarrangements zuständig, das den Schüler/-innen hilft, sich eigenständig die geforderten Bildungsinhalte anzueignen. Gleichzeitig soll sie auch die individuelle Förderung der Schüler/-innen vorantreiben und sie durch ein hohes Maß an zeitlicher Zuwendung stärken. Individuelle Lernpläne, die auf die Lernenden zugeschnitten sind, sollen sie in ihren individuellen Schwächen und Stärken wahrnehmen, Lernerfolge ermöglichen und den Kompetenzzuwachs transparent machen. Dies stellt hohe Anforderungen an die Lehrkraft, die in diesem System zum Lernbegleitenden wird.

Die Gemeinschaftsschule mit ihrem Ziel, jeden auf den Weg der Bildung mitzunehmen und einen Schulabschluss zu ermöglichen, bietet Möglichkeiten gerade für bildungsferne Schichten. Längere

res gemeinsames Lernen, Lernen ohne Notendruck und mit individualisierten Lernplänen eröffnet Chancen gerade für Schüler/-innen, die bisher eher am Rande standen.

Diese Schulart stellt das Fach Evangelische Religionslehre und die anderen nur zweistündig erteilten Fächer vor große Herausforderungen. Denn wie soll in einer Schulart, die auf eine intensive Begleitung von Schüler/-innen ausgerichtet ist, diese Form von Begleitung im Rahmen von zwei Stunden möglich sein? Es besteht die Gefahr, dass die kirchliche Lehrkraft, die an einer Gemeinschaftsschule mit ihrem intensiven ganztägigen Schulbetrieb unterrichtet, weit über ihr Stundendeputat hinaus gefordert wird, um innerhalb der Schulentwicklung mithalten zu können. Da die individuellen und gemeinsamen Lernzeiten in den meisten Fällen vormittags stattfinden, kann es dazu kommen, dass der RU wie alle anderen „*kleinen Fächer*“ tendenziell auf die Randstunden und an den Nachmittag geschoben wird¹³.

Der massive Ausbau von Ganztagschulen, die zeitliche Verkürzung und Verdichtung der



ZEIT FÜR NEUES! IM ÖFFENTLICHEN BILDUNGSWESEN

Foto: bounlow-pic, fotolia.com

Schulzeit sowie die weitgehende Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen mit hohem Leistungsdruck und zeitlicher Vereinnahmung führen vermehrt dazu, dass die Bildungsorte **Konfirmandenarbeit und Kinder- und Jugendarbeit** sich in ihren Arbeitsformen umstellen müssen. Zum einen wird es schwieriger, unter der Woche regelmäßige Gruppenangebote für Kinder und Jugendliche durchzuführen, weil sie sehr spät aus der Schule kommen und in der dann noch zur Verfügung stehenden Zeit anderen Tätigkeiten nachgehen. Zum anderen stehen trotz grundsätzlich vorhandener Bereitschaft weniger ehrenamtliche Mitarbeitende zur Verfügung, weil sie entweder selbst noch

die Schule besuchen oder als Studenten/-innen keine verlässliche Übernahme von ehrenamtlichen Aufgaben garantieren können. Das gilt inzwischen sogar für die Semesterferien und wirkt sich auf das Angebot von Ferienfreizeiten für Kinder und Jugendliche aus.

Der Prozess der Öffnung der Schulen, insbesondere bei den Ganztageschulen, hat in den letzten Jahren verstärkt zu **Kooperationen zwischen Gemeinden, der Kinder- und Jugendarbeit** und den Schulen geführt. Dafür werden in der Jugendarbeit Ehrenamtliche als Schülermentoren/-innen ausgebildet. In den bisherigen Kooperationen zwischen Gemeinden, der Kinder- und Jugendarbeit und den

Schulen hat sich gezeigt, dass diese zumeist nur mit hauptberuflicher Unterstützung realisiert werden können. Auch hier sind Konzepte nötig, die die Altersgruppe der sogenannten „aktiven Älteren“ einbinden. Bei der Neuorientierung in der nachberuflichen Phase werden häufig neue Betätigungsfelder gesucht.

Die wachsende weltanschauliche und religiöse Pluralität der Gesellschaft ist eine Herausforderung für pädagogisches Handeln in Schule und Gemeinde. Die Plausibilität des Evangelischen Religionsunterrichts und die Relevanz christlicher Inhalte müssen gegenüber den Schülern/-innen, anderen Lehrkräften, den



Foto: Trueffelpix, fotolia.com

Schulbehörden und der Elternschaft immer wieder neu dargestellt werden.

Kirchengemeinden und Jugendverbände müssen die Formate der Kinder- und Jugendarbeit neu und anders gestalten als bisher. Grundlegend für gelingende Übergänge zu Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit sind positive persönliche Beziehungen, Menschen, die Brücken zwischen Jugendarbeit und Schule bauen können. Es braucht attraktive Angebote zu Zeiten, zu denen sie wahrgenommen werden können und es braucht sie an Orten, die für Kinder und Jugendliche erreichbar sind.

Innerkirchlich wird das Pflichtdeputat am Religionsunterricht von Pfarrern/-innen, Gemeindediakonen/-innen in Frage gestellt. Religionsunterricht ist kirchliche Präsenz an einem öffentlichen Bildungsort, der immer zentraler wird. Ein Rückzug aus der Schule und eine freiwillige Begrenzung auf die Kerngemeinde führen

zwangsläufig auch zu einem Verlust vieler Begegnungsmöglichkeiten. So kann auch Kirchenfernen Kontakt mit dem christlichen Glauben eröffnet werden. Ebenso bietet die Bildungsarbeit in den Gemeinden Möglichkeiten, die Bedeutung der evangelischen Sicht des christlichen Glaubens in der Öffentlichkeit darzustellen. Die didaktische Ausrichtung des RU und der gemeindepädagogischen Arbeit rücken darum die Pluralitätsfähigkeit in den Mittelpunkt. Sie trägt damit dem Rechnung, dass der Anteil der Konfessionslosen im Religionsunterricht mittlerweile auf ein starkes Drittel angestiegen ist.

Die Bedeutung von Bildung im Lebenslauf von Erwachsenen hat in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit enorm zugenommen. Mit dem *Memorandum Lebenslanges Lernen* (2000) hat die Europäische Kommission **Lebenslanges Lernen** zum Leitmotiv der Weiterbildung gemacht. Ziel der Lisbon-Strategie ist es, die EU zum „wettbewerbsfähigsten und dy-

namischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen“¹⁴. Gegen diese Ökonomisierung von Bildung und die eindeutige Präferenz von beruflicher Bildung stellt die kirchliche Weiterbildung bewusst den Menschen als Geschöpf Gottes in den Mittelpunkt des Bildungsgeschehens und zielt auf der Grundlage eines christlichen Menschenbilds auf Persönlichkeitsbildung, Haltungsziele, ethische und soziale Kompetenzen.

In Deutschland ist auf Bundeswie auf Länderebene der Bildungsstand der Bevölkerung ein wichtiges Thema geworden wie die PIACC-Studie und die Hamburger Level-One-Studie zeigen¹⁵. Angeregt durch die Enquete-kommission im Landtag „*Fit für ein Leben in der Wissensgesellschaft*“ wurde 2011 das Bündnis **Lebenslanges Lernen** zwischen der Landesregierung und wichtigen Weiterbildungsakteuren wie der Kirchlichen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung bzw. der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung in Baden geschlossen¹⁶.

Über Arbeitsgruppen auf Landesebene, Projekte und Vernetzung der Akteure werden neue Formate entwickelt, um den Bildungsstand der erwachsenen Bevölkerung im Land zu verbessern, Integration und Inklusion sowie neue Formen des Lernens zu fördern, neue Zielgruppen (z.B. Bildungsferne oder Analphabeten) zu erreichen. Im Dezember 2015 wurde ein Weiterbildungspakt geschlossen, der die Ziele des Bündnisses weiterführt und finanziell sichert.

2

▷ HERAUSFORDERUNGEN
UND AUFGABEN

2.2. PLURALISMUS UND SÄKULARITÄT

Die Pluralisierung der Gesellschaft vollzieht sich immer rascher. Befördert wird dies durch eine wachsende Zuwanderung von Migranten, durch die zunehmende globale Vernetzung im Internet, globale Wirtschaftsbeziehungen und den Tourismus.

Der gesellschaftliche Pluralismus zeigt sich in unterschiedlichen ethischen Werthaltungen, Religionen und Weltanschauungen, kulturell geprägten sozialen Lebensstilen und Lebensformen. Er ist verbunden mit einer Individualisierung der Lebensgestaltung. Religion und Weltanschauung sind persönliche Optionen geworden. Ob jemand sich als Christ, evangelisch, katholisch, als Buddhist oder Muslim versteht, ist seine Wahl und Entscheidung. Viele mischen in ihrem persönlichen Glauben Elemente unterschiedlicher Religionen und Weltanschauungen. Man hält z. B. viel von Jesus, sieht in Gott eine höhere Macht und glaubt an die Wiedergeburt¹⁷.

Die Menschen erkennen darin nichts Widersprüchliches oder mit dem kirchlichen Bekenntnis

Unvereinbares. Sie verstehen dies als Ausdruck ihres Rechts auf einen persönlichen Glauben.

Die Pluralisierung kann auch als Ausdruck einer zunehmenden Säkularisierung der deutschen Gesellschaft betrachtet werden. Der prognostizierte Rückgang der christlichen Religion und eine Zunahme nicht-religiösen, rationalen Denkens vollziehen sich eher auf dem Weg einer religiös-weltanschaulichen Pluralisierung und durch den Trend zur Individualisierung.

Die massiven Kirchenaustritte der letzten Jahre zeigen, dass die Integrationskraft der Kirchen schwindet. Die kirchliche Lehre hat an Plausibilität verloren. Viele brauchen nicht unbedingt die Kirche, um religiös zu sein. Die Zahl der Evangelischen mit hoher Kirchenbindung nimmt zwar prozentual zu¹⁸, die absolute Zahl der Kirchenmitglieder und derer, die aus Tradition oder Konvention mit der Kirche verbunden sind, gehen deutlich zurück. Für in Bezug auf Kirche indifferente oder eher kritische Erwachsene gewinnen offene Bildungsangebote an Bedeutung als Kontaktstellen und Eingangstüren.

Der Verlust der Kraft der christlichen Religion, für alle einen Gesamtzusammenhang darstellen zu können, hat dazu geführt, dass einzelne Bereiche der Gesellschaft ihren Bezug zu Religion und Glauben verloren haben und ihrer eigenen Logik folgen (z. B. Wissenschaft, Wirtschaft, Politik, Gesundheit, Sport, Erziehung, Verwaltung). Für viele sind christliche Religion und modernes wissenschaftliches Denken kaum vereinbar. Ein aggressiver, naturwissenschaftlicher Atheismus (z. B. Richard Dawkins) verschafft sich in den Medien populäre Aufmerksamkeit. Die Bildungsarbeit in Kirche und Schule ist herausgefordert, die Relevanz des christlichen Glaubens im religiös-weltanschaulich pluralen Umfeld öffentlich und auch medienwirksam plausibel zu machen.

Der Glaube eines Menschen wird stark durch die Erziehung beeinflusst. „Die religiös Erzeugenen in Westdeutschland glauben im Vergleich zu denen, die keine religiöse Erziehung hatten, mehr als doppelt so häufig an Gott und empfinden die Religion mehr als dreimal so häufig als wichtig in ihrem Leben“¹⁹. In Ostdeutschland liegen diese



Foto: Gundolf Renze, fotolia.com

Werte noch höher. Zugleich verliert die Religion für viele, insbesondere für junge Menschen, an Bedeutung. *„Je jünger die Menschen, desto weniger wichtig ist ihnen Religion im Leben“*²⁰. Die Zahl der religiös Erzogenen nimmt ab, ebenso auch die Bindung an Kirchen und religiöse Institutionen und deren Bedeutung für die Wertevermittlung.

Daraus ergibt sich, dass die religiöse Erziehung im Kindes- und Jugendalter eine zentrale Herausforderung für Kirche und Gesellschaft ist. Da sich religiöse Wertevermittlung stark im privaten Umfeld der Familie vollzieht, gilt es, Familien bei der religiösen Erziehung zu unterstützen. Die Verknüpfung christlicher Erziehung in Kindergarten, Gemeinde und Schule mit der religiösen Erziehung in

der Familie ist von entscheidender Bedeutung. Der kirchlichen Jugendarbeit kommt dabei ein besonderer Stellenwert zu. Die religiöse Erziehung ist für die Gesellschaft wichtig, weil sie den Einzelnen die Option des persönlichen Glaubens und religiösen Lebens erleichtert und Grundlagen schafft für das friedliche Zusammenleben mit Menschen aus anderen Religionen und Weltanschauungen. Sie fördert die kirchliche Bindung und den christlichen Beitrag zum toleranten Zusammenleben verschiedener Religionen und Kulturen.

Ein großer Teil der Bürger/-innen (circa 85 %) ist offen gegenüber anderen Religionen, und eine Mehrheit (60 %) erkennt in der religiösen Vielfalt eine Bereicherung, aber auch ein

Konfliktpotenzial²¹. Mehr als die Hälfte ist jedoch skeptisch gegenüber dem Islam und sieht ihn als eine Bedrohung. Die religiös motivierten Konflikte insbesondere im Nahen Osten und in der islamischen Welt haben die Skepsis gegenüber Religion und Glauben in der Gesellschaft gesteigert. Kirche und Gesellschaft sind herausgefordert, das Konfliktpotenzial durch die religiöse Vielfalt ernst zu nehmen und durch ihre Bildungsarbeit zum interreligiösen Dialog und zur interreligiösen Verständigung beizutragen.

Der Umgang mit religiös-weltanschaulicher Pluralität in Kirche, Schule und Diakonie bedarf orientierender Begründungen. Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland hat sich mehrfach dazu geäußert²². Er bejaht die

religiöse Vielfalt als „Normalfall der Gesellschaft“²³. Er erkennt in der Existenz anderer Religionen „die vielfältige Zuwendung Gottes zu den Menschen“²⁴.

Drei zentrale Argumente für die Bejahung des Pluralismus werden angeführt:

▷ **Religionsfreiheit:** Für das evangelische Christentum ist die Erkenntnis grundlegend, „dass Menschen nicht über das verfügen, was bzw. woran sie glauben, sondern dass ihnen der Glaube durch das zuteil wird, was ihnen als glaubwürdig begegnet“²⁵. Persönliche Glaubensgewissheit setzt die Religionsfreiheit voraus. Der religiös-weltanschauliche Pluralismus ist eine Konsequenz der Glaubens- und Gewissensfreiheit, die als Menschenrecht auch unabhängig von der jeweiligen religiös-weltanschaulichen Begründung gilt. Im besten Fall finden die Religionen in inhaltlichen Übereinstimmungen ihren eigenen Zugang zur Religionsfreiheit²⁶.

▷ **Gottebenbildlichkeit, Menschenwürde und Subjektwerdung:** Die jedem Menschen als Subjekt geschenkte Menschenwürde erkennt ihn an als einzigartiges Subjekt, das frei ist, sich mit seinen Gaben und Möglichkeiten zu entwickeln und sich auch von allen gesellschaftlichen Rollen zu distanzieren²⁷.

▷ **Gottessuche und Wahrheitsfrage:** „Wo immer Menschen sich der Wahrheit stellen, gilt ihnen die Verheißung, dass Gottes Geist weht, wo er will

... Darum anerkennt die evangelische Kirche, dass auch in anderen Formen der Religion überzeugende Ausdrucksformen humanen Selbstverständnisses, authentische Formen der Spiritualität und verantwortliche Gestaltungen ethischer Überzeugungen zu finden sind“²⁸.

Die Wahrheitssuche der Menschen als Gottes Ebenbilder in anderen Religionen und Weltanschauungen wird anerkannt im Vertrauen auf ein Wirken des Geistes Gottes auch jenseits der Grenzen des christlichen Glaubens. Christen anerkennen die Begrenztheit der eigenen Wahrheitsansicht und die Möglichkeit anderer Perspektiven auf die Wahrheit. Die christliche Überzeugung, dass die Wahrheit in Kreuz und Auferstehung Jesu von Nazareth gewiss wird, wird dadurch nicht in Frage gestellt²⁹. Der christliche Glaube und die Religio-

nen bleiben im Streit um die Wahrheit der Wahrheitsfrage verpflichtet. Es ist offen und man sollte es nicht von vornherein ausschließen, ob sich erweisen wird, dass sie alle auf ihre Weise an der Wahrheit Gottes teilhaben.

Aus der Bejahung des Pluralismus ergibt sich die Herausforderung für kirchliche Bildungsarbeit, einen Schwerpunkt bei interreligiöser und interkultureller Bildung zu legen.

Pluralitätsfähigkeit wird darum von der Evangelischen Kirche als ein wichtiges Bildungsziel für die Gesellschaft und die Kirche angesehen. Ein konstruktiver Umgang mit der religiös-weltanschaulichen Pluralität bedarf eigener Bildungsanstrengungen. Das legen schon die beobachtbaren „Reaktionen und Verarbeitungsweisen von Vielfalt“ wie „der resignative Rückzug ins Private“, „ein Relativismus, der die Unterschiede ei-

Foto: ChristArt, fotolia.com



nebnet und damit zu entschärfen sucht, bis hin zu aggressiven Formen der Selbstbehauptung durch Abwertung anderer“³⁰ nahe. Damit Menschen religiös-weltanschaulich pluralitätsfähig werden können, brauchen sie religiöse Orientierung.

Es geht ihr darum:

- ▷ die Grundlagen des christlichen Glaubens in evangelischer Perspektive zu verstehen,
- ▷ andere religiöse und weltanschauliche Sichtweisen kennenzulernen,
- ▷ ein eigenes Urteil zu bilden und

- ▷ ein von Respekt und Toleranz geprägtes Verhalten in interkulturellen und interreligiösen Begegnungen zu entwickeln.

Der deutsche Verfassungsstaat hat den Grundsatz der Religionsfreiheit „in religionsfreundlicher Verbundenheit und Offenheit ausgestaltet“³¹. Daraus leitet sich der im Grundgesetz verankerte Religionsunterricht „in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften“ (Art 7. Abs. 3 GG), die Förderung kirchlicher Bildungsarbeit und der Arbeit von Diakonie und Caritas ab. Das ist angesichts zunehmender Ten-

denzen einer Befürwortung der strikten Trennung von Staat und Religion im Sinne des Laizismus, die durch religiösen Fundamentalismus und Gewalt befördert wird, nicht unumstritten. Die religiöse Neutralität des Staates wird von Verantwortungsträgern zunehmend im Sinne des Laizismus ausgelegt und Religion als Privatsache betrachtet.

Es ist eine herausfordernde Bildungsaufgabe, der Öffentlichkeit und den gesellschaftlichen Verantwortungsträgern deutlich zu machen, dass ein friedliches Miteinander in religiös-weltanschaulicher Vielfalt am besten gedeiht, wenn weiterhin ein förderndes Verhältnis von Staat und Religionsgemeinschaften besteht, wie es im deutschen Grundgesetz angelegt ist.



Foto: 775G, fotolia.com

2

▷ HERAUSFORDERUNGEN
UND AUFGABEN

2.3. MIGRATION UND ARMUT

Kinder aus bildungsfernen und einkommensschwachen Elternhäusern sowie insbesondere Kinder mit Migrationshintergrund besuchen seltener und kürzer eine Kindertagesstätte als Kinder ohne Migrationshintergrund.

Zu den Faktoren, die sich auf die Inanspruchnahme von Betreuungsangeboten auswirken, zählen die Erwerbstätigkeit und der Bildungsabschluss der Eltern sowie die Anzahl der in der Familie zu betreuenden Kinder. Hinzu kommen Informationsdefizite über Betreuungsoptionen, sprachliche Barrieren und die interkulturelle Offenheit auf Seiten der Betreuungseinrichtungen. Voraussetzung für die Inanspruchnahme ist ein ausreichendes Angebot an Betreuungsplätzen vor Ort – insofern ist der nach wie vor bestehende regionale Mangel an Kita-Plätzen für unter Dreijährige und jüngere Kindergartenkinder mitursächlich für niedrigere Betreuungsquoten. Da Kinder erwerbstätiger Eltern bei der Platzvergabe den Vorzug erhalten, bleibt Kindern von erwerbslosen Eltern (hier sind Familien mit Migrations-

hintergrund überrepräsentiert) der Zugang zu Betreuungseinrichtungen oftmals verwehrt.

Mit dem Inkrafttreten des Rechtsanspruchs auf Kinderbetreuung für jedes Kind ab dem vollendeten ersten Lebensjahr im August 2013 ist die Betreuungsquote der unter Dreijährigen gestiegen. Erschwerend für den alltagsnahen Spracherwerb wirkt aber, dass jedes dritte Kind mit einem oder zwei nicht deutsch sprechenden Elternteilen in einer Kita betreut werden, in dem die Deutsch sprechenden gleichaltrigen Kinder in der Minderheit sind³².

Frühkindliche Betreuungs- und Bildungserfahrungen haben einen prägenden Einfluss auf einen gelingenden Schulstart, die Lesekompetenz am Ende der Grundschulzeit und die Übergangschancen zu einer Schule mit der Möglichkeit, einen qualifizierten Bildungsabschluss zu erwerben. Der erreichte Schulabschluss bestimmt die Möglichkeiten, eine Ausbildungsstelle zu bekommen sowie die Position am Arbeitsmarkt. Dies legt häufig die Dauer der Arbeitslosigkeitszeiten, des damit verbundenen relativ niedrigen

Einkommens sowie das Einkommen im Alter fest.

Der Bildungsstand eines Menschen beeinflusst seine Reaktionsmöglichkeiten in schwierigen Lebensabschnitten. Auch das Gesundheitsverhalten eines Menschen, sein bürgerschaftliches Engagement und seine soziale Vernetzung werden vom erreichten Bildungsgrad mitbestimmt.

Beim Übergang in die Schule werden Kinder aus Familien mit niedrigem sozioökonomischem Status und Kinder mit Migrationshintergrund häufiger wegen Sprach- und Sprechstörungen, psychomotorischen Störungen sowie intellektuellen Entwicklungsstörungen von der Einschulung zurückgestellt. Verspätet eingeschulte Kinder holen auch im Verlauf der Grundschulzeit ihre Defizite zumeist nicht auf.

Es gelingt Deutschland im internationalen Vergleich weniger gut, Kinder in ihren aktuellen Klassenverbänden zu fördern, etwa durch ein Co-Teaching an den Grundschulen, während diese Möglichkeit in Schweden, England und den Niederlanden doppelt so häufig besteht. Umgekehrt begünstigen ein guter



Foto: animaflora, fotolia.com

Bildungsgrad der Eltern, ihre Bildungserwartung und ihr Unterstützungspotenzial den Erfolg von Kindern in der Grundschule sowie den späteren Übergang auf ein Gymnasium³³.

Die Ergebnisse PISA 2000 und 2009 zeigen, dass sich die Anteile der 15-Jährigen mit sehr schwachen Lesekompetenzen seit PISA 2000 etwa halbiert haben. Außerdem konnten sich Jugendliche mit Migrationshintergrund im Lesen signifikant und substantiell verbessern. Allerdings verfügten im Jahr 2009 noch immer dreimal so viele Jugendliche über nur schwache Lesekompetenzen, deren Eltern un- und angelernte Arbeiter/-innen sind, im Vergleich zu Jugendlichen mit Eltern der obersten sozialen Gruppe. Im Jahr 2000 waren es noch viermal so viele. Insgesamt meistert knapp jeder fünfte Jugendliche nur sehr basale Leseanforderungen einfach strukturier-

ter Texte zu vertrauten Themen (Kompetenzstufe I) und ist damit nicht ausreichend auf eine Ausbildungs- und Berufslaufbahn in der Wissensgesellschaft vorbereitet³⁴.

Das deutsche Bildungssystem steht weiterhin vor der Aufgabe, die soziale Durchlässigkeit zu erhöhen und Bildungsaufstiege zu ermöglichen. Dafür sind insbesondere der Ausbau der Kinderbetreuung und die quantitative und qualitative Weiterentwicklung des Ganztagschulangebotes notwendig. Insbesondere bei innerfamilial selten geförderten Kindern erweist sich die langjährige Nutzung der Kindertagesbetreuung als ergänzendes Bildungsangebot, das das Kompetenzniveau der Kinder deutlich anheben kann. Ein dauerhafter und regelmäßiger Besuch qualitativ hochwertiger Angebote einer Ganztagschule wirkt sich positiv auf die Entwicklung des

Sozialverhaltens, der Lernmotivation und der schulischen Leistungen aus. Darüber hinaus spielt die Zusammensetzung der Schülerschaft mit und ohne Migrationshintergrund in den Grundschulklassen eine Rolle.

Doch nicht nur die formale, d. h. die vorschulische und schulische, Bildung wird von der Herkunft und dem sozioökonomischen Hintergrund beeinflusst. Schon das Freizeitverhalten von Kindern vor dem Schuleintritt ist deutlich von den zur Verfügung stehenden Möglichkeiten der Eltern geprägt. Kinder aus benachteiligten Familien nehmen deutlich seltener an außerhäuslichen Aktivitäten teil als Kinder aus Familien, die besser gestellt sind.

Auch das Freizeitverhalten von Sechs- bis Elfjährigen variiert zwischen einseitig orientiertem Medienkonsum und vielseitigen Freizeitaktivitäten und Interessen deutlich, dies sowohl nach

sozialer Herkunft als auch nach dem verfügbaren Einkommen. Die Analysen zeigen, dass sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche am ehesten schulische Angebote der Freizeitgestaltung in Anspruch nehmen, soweit sie kostenfrei sind.

Die beiden Erweiterungen der Europäischen Union 2004 und 2007 waren das Ergebnis historischer Reformprozesse in diesen Ländern. In der Folge entzündet sich eine Auseinandersetzung um die Freizügigkeitsrechte der Bürger dieser Länder. Immer wieder war von einer „Armutsmigration in die deutschen Sozialsysteme“ in den Medien die Rede. Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien und Bewegungen instrumentalisieren diese Behauptung, um Ängste zu schüren. Die Probleme konzentrieren

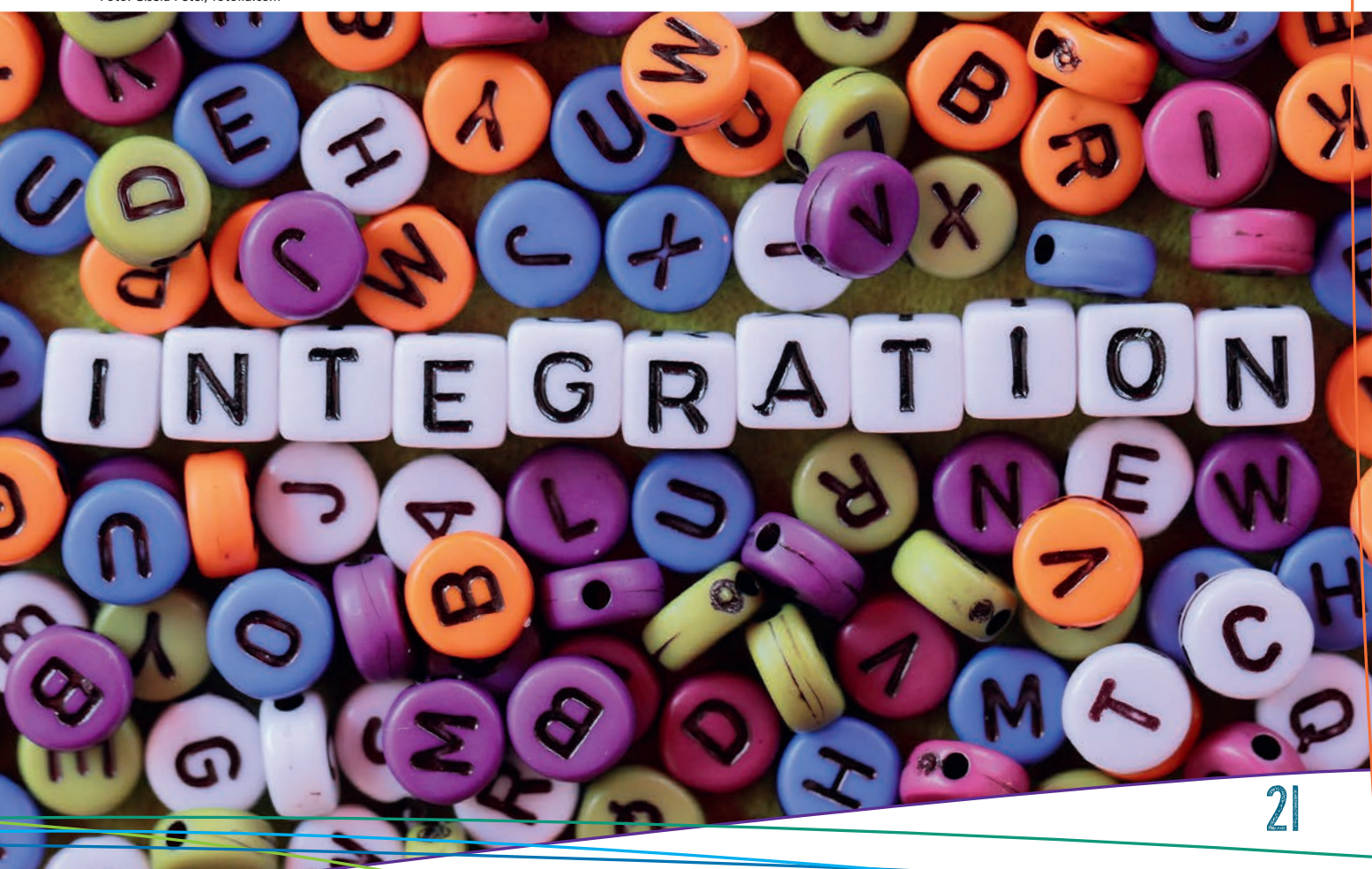
sich in den eher strukturschwachen Kommunen³⁵:

- ▷ **Hohe Arbeitslosigkeit:** Die Arbeitslosenquoten liegen deutlich über dem bundesdeutschen Durchschnitt.
- ▷ **Hoher SGB-II-Leistungsbezug:** Die Zahl derer, die aus SGB-II Leistungen beziehen, ist in den vergangenen Jahren stark gestiegen.
- ▷ Ein hoher Anteil, der weder einer Erwerbstätigkeit nachgeht, noch Leistungen aus SGB-II-Beziehenden.

Die sozialen und ökonomischen Probleme, die mit dem Begriff der „Armutszuwanderung“ verbunden sind, konzentrieren sich vor allem in dieser Gruppe³⁶. Die sichtbare Armut in einigen deut-

lichen Kommunen ist Ausdruck und Folge der ökonomischen und sozialen Ungleichheiten innerhalb der Europäischen Union. Die mit den ökonomischen und sozialen Ungleichheiten verbundenen Herausforderungen müssen ernst genommen und angegangen werden. Hierzu müssen die betroffenen Kommunen, die Länder, der Bund und die Europäische Kommission zusammenwirken und gemeinsam mit der Zivilgesellschaft schnellstmöglich ein Handlungskonzept erarbeiten und umsetzen. So steht kirchliche Erwachsenenbildung vor der Aufgabe, sozial eher benachteiligte Menschen im Blick zu haben, Themen wie Altersarmut öffentlich zu diskutieren, Menschen sehr unterschiedlicher sozialer Herkunft und mit verschiedenen Bildungsbiografien miteinander ins Gespräch zu bringen und leicht zugängliche Bildungsangebote bereitzustellen.

Foto: Gisela Peter, fotolia.com



2

▷ HERAUSFORDERUNGEN UND AUFGABEN

2.4. DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNG UND ENTWICKLUNG DER MITARBEITERSCHAFT

Die demografische Entwicklung in Deutschland wird in den kommenden Jahren durch folgende bekannte Tendenzen gekennzeichnet sein: Trotz Migration wird die Bevölkerungszahl zurückgehen. Bis 2040 wird die Gesamtbevölkerung aufgrund der demografischen Entwicklung voraussichtlich um 10 % schrumpfen.

Gleichzeitig wird die Bevölkerung älter. Der Anteil der über 65-Jährigen und Älteren wird bis zum Jahr 2025 von 20,6 % (2010) voraussichtlich auf 25,6 % steigen. Das gilt auch für den Anteil von Personen mit Migrationshintergrund, was zur Folge haben wird, dass die ältere Generation sprachlich, kulturell und religiös vielfältiger wird. Im prognostizierten Zeitraum geht der Anteil der unter 20-Jährigen an der Gesamtbevölkerung stark zurück.

Bezogen auf die Gesamtentwicklung ist für die Mitgliederstruktur der Evangelischen Kirche in Deutschland zu sagen: Die Kirche altert schneller als die

durchschnittliche Bevölkerung und die evangelische Bevölkerung ist im Durchschnitt deutlich älter als der Durchschnitt der Gesamtbevölkerung.

Im Hinblick auf die nachfolgenden Generationen ist festzustellen, dass die Anzahl der evangelischen Kinder sowohl absolut (geringere Geburtenrate, Taufaufschub) und relativ (immer mehr Kinder mit Migrationshintergrund und anderer Religionszugehörigkeit) sinkt.

Zwar ist der Anteil der Kinder, die am evangelischen und katholischen Religionsunterricht teilnehmen in den letzten zehn Jahren weitgehend stabil geblieben (circa 33 %), aber gleichzeitig ist auch der Anteil der Kinder deutlich angewachsen, die keiner Konfession angehören und als Konfessionslose am Religionsunterricht teilnehmen.

In kleineren Schulen des ländlichen Raumes kommt es bereits jetzt aufgrund der Gruppengröße dazu, dass keine evangelischen oder katholischen Religionsgruppen mehr zustande kommen, sondern konfessionell kooperativer Religionsunterricht

hier zur Standardform des Unterrichts wird. Diese Entwicklung wird sich kurz- oder mittelfristig auch auf die Situation an der Gemeinschaftsschule auswirken. Auch dort kommt es vermehrt zur Bildung von konfessionell kooperativen Religionsgruppen. Dass der Anteil der Eltern, die ihre Kinder nicht mehr am Religionsunterricht teilnehmen lassen, ansteigt, wirkt sich ebenfalls negativ auf die Bildung von konfessionellen Religionsgruppen an den Schulen aus. Die Veränderungen in der Schule haben auch Auswirkungen auf die kirchliche Kinder- und Jugendarbeit. Diese ist mit ihrer außerschulischen Jugendbildung ein wichtiger Bestandteil des Bildungswesens.

In Bezug auf den ansteigenden Anteil der älteren Bevölkerung steigt auch der Bedarf an adäquaten Bildungsangeboten für die Menschen in der zweiten Lebenshälfte. Dieses wird individuell und gesellschaftlich nicht nur zahlenmäßig ständig zunehmen, sondern sich auch immer weiter ausdifferenzieren. Daher ist eine Vielfalt von Bildungsangeboten notwendig, etwa bei



Foto: Birgit Reitz-Hofmann, fotolia.com

biografischen Übergängen wie dem Beginn des Ruhestands oder für Anpassungsprozesse an eine veränderte Lebenslage im höheren Alter.

Bezogen auf den Religionsunterricht sowie für die evangelische Kinder- und Jugendarbeit ist die Analyse demografischer Daten notwendig, um z. B. den Personalbedarf für diese Arbeitsbereiche einschätzen zu können, strukturelle Veränderungen zu planen und die Herausforderung der Mitarbeitergewinnung anzugehen.

Das Zahlenmaterial, das seitens des Landesamtes für Sta-

tistik für solche Berechnungen dem Kultusministerium, Regierungspräsidien und auch den Landeskirchen zur Verfügung gestellt wird, erwies sich in den vergangenen Jahren als wenig belastbar. Selbst neues Zahlenmaterial für die Schülerzahlenberechnungen vom Herbst 2014 konnte noch nicht die enormen Flüchtlingszuzüge miteinberechnen, die seit Herbst 2014 auch in Baden-Württemberg zu verzeichnen sind. Diese haben zur Folge, dass viele Kinder und Jugendliche im schulpflichtigen Alter nun in unseren Schulen unterrichtet werden. Deren Zuzug hat zwar nur geringe Auswirkungen auf den konfessionel-

len RU, dennoch werden auch neue Religionsklassen vor allem an Beruflichen Schulen gebildet und staatliche wie kirchliche Lehrkräfte dort eingesetzt. Zumindest ein Teil dieser Kinder und Jugendlichen soll auch mit Angeboten kirchlicher Kinder- und Jugendarbeit erreicht werden, die dazu beitragen, dass junge Flüchtlinge besser in unsere Gesellschaft integriert werden. Ein weiteres Ziel ist es, dass viele von ihnen, sei es durch den Religionsunterricht und/oder durch Angebote kirchlicher Kinder- und Jugendarbeit, religiös sprachfähig werden und lernen, in einer multireligiös und -kulturell geprägten Gesellschaft ih-

ren Weg zu finden und mit Angehörigen anderer Religionen friedlich zusammenzuleben.

Wie oben schon dargelegt, ist das zur Verfügung stehende Zahlenmaterial aus dem Jahr 2014 inzwischen bereits wieder obsolet, dennoch lassen sich sowohl für den Religionsunterricht als auch für die kirchliche Kinder- und Jugendarbeit einige Trends ablesen. Im Folgenden werden diese für die Entwicklungen im evangelischen Religionsunterricht und die Entwicklungen in der Kinder- und Jugendarbeit getrennt dargestellt, weil jeweils unterschiedliches Zahlenmaterial zur Verfügung steht.

Deutlich wurde in den vergangenen Jahren, dass die Zahl evangelischer Schüler/-innen in höherem Maße abnimmt (circa 1,5 %–2 % jährlich) als die Zahl der Teilnehmer am evangelischen Religionsunterricht. Diese sinkt weniger stark, nämlich um circa

0,7 %–1 % jährlich. Immer mehr konfessionslose Schüler nehmen am Religionsunterricht teil und ebenso Schüler, die anderen Religionen angehören. Ihre Zahl stieg inzwischen für bestimmte Schultypen (Grundschulen, Werkrealschulen, Berufliche Schulen) bereits auf über 30 % an. In der Mehrzahl handelt es sich um Muslime. Würde in Zukunft flächendeckend islamischer Religionsunterricht sunnitischer Prägung angeboten, würde der Bedarf an Religionsstunden an Beruflichen Schulen und im Bereich der Sekundarstufe I deutlich zurückgehen. Dies könnte in circa acht bis zehn Jahren der Fall sein, wenn ausreichend qualifizierte islamische Religionslehrkräfte zur Verfügung stehen und der Staat bereit ist, entsprechende Finanzmittel dafür einzusetzen.

Seitens des Staates hat man sich in den vergangenen Jahren darum bemüht, staatliche Lehrkräfte für den Religionsunter-

richt an allen Schultypen verstärkt einzusetzen. Im Bereich der Sekundarstufe I ist dies gelungen und auch an den weiterführenden Schulen nimmt die Zahl staatlicher Religionslehrkräfte deutlich zu. Die Zahl gymnasialer Lehrkräfte, die an den Seminarstandorten Heidelberg und Freiburg ausgebildet werden, ist ungebrochen hoch. Viele gut ausgebildete, junge und häufig auch der Kirche sehr verbundene Lehrkräfte stehen jetzt zum Einsatz an den Schulen zur Verfügung. Berufsschullehrkräfte mit einer Fächerkombination mit evangelischem Religionsunterricht als Zweit- oder Drittfach kommen ebenfalls in höherer Anzahl zum Einsatz. Das ist eine erfreuliche Entwicklung, die den Einsatz der Kirchen im Bereich des Religionsunterrichts immer mehr entlastet. Eine solche Entlastung für die Kirchen ist in Zukunft wichtig, da die kirchlichen Lehrkräfte im Religionsunterricht im

Foto: bounlow-pic, fotolia.com



Bereich der Pfarrer/-innen einen Altersdurchschnitt von circa 55 Jahren aufweisen und auch die angestellten kirchlichen Lehrkräfte durchschnittlich über 45 Jahre alt sind. Es wird ab dem Übergang ins zweite Jahrzehnt dieses Jahrtausends ruhestandsbedingt zum Ausscheiden von über 30 % unserer Lehrkräfte an weiterführenden Schulen kommen. Deutlich ist auch, dass etliche kirchliche Lehrkräfte teilweise unter Verzicht auf die vollen Renten- und Pensionsbezüge vorzeitig in den Ruhestand treten, was die Ruhestandszahlen schon zu einem früheren Zeitpunkt anhebt.

Gleichzeitig entsteht im Bereich des kirchlichen Personals, das für den Einsatz in Gemeinden, in den Bereichen der Kinder- und Jugendarbeit und in den Schulen zur Verfügung steht, eine Konkurrenzsituation. Da die Lage im Hinblick auf die Altersschichtung von Gemeindepfarrern/-innen und Gemeindediakonen/-innen, Mitarbeiter/-innen in der Kinder- und Jugendarbeit, in der Frauenarbeit oder Erwachsenenbildung sich nicht wesentlich unterscheidet – speist sich doch der überwiegende Personalanteil im Religionsunterricht aus eben diesen Personengruppen – geht es darum, zu prognostizieren, wie viel Personal wir für die verschiedenen Bildungsaufgaben unserer Landeskirche brauchen und wie viel in Zukunft überhaupt noch zur Verfügung stehen kann. Es muss spätestens dann eine Schwerpunktsetzung erfolgen und entschieden werden, wie viel Personal noch für

den Religionsunterricht freigestellt werden kann, damit auch die anderen Arbeitsbereiche abgedeckt werden können. So lange die Zahlen der Pfarramtsstudierenden und Studierenden des Faches Religionspädagogik für die Gemeinde nicht deutlich ansteigen, wird in Zukunft auch bei sinkendem Bedarf von Religionsstunden an den Schulen eine gleichbleibend hohe kirchliche Versorgung des Religionsunterrichts nicht mehr möglich sein. Noch nicht abzuschätzen ist, inwieweit die hohe Anzahl zu beschulender Migrantenkinder mehr staatliches Lehrpersonal aus dem Religionsunterricht abziehen wird, weil man diese Lehrkräfte vermehrt in anderen Fächern einsetzen muss.

In den vergangenen zwei Jahren wurde aufgrund der aufgezeigten Personalproblematik im Bereich des Religionsunterrichts versucht, jüngere Lehrkräfte aus dem staatlichen Bereich zur Besetzung von freien Stellen an Gymnasien und Beruflichen Schulen in räumlich weniger attraktiven Regionen zu gewinnen. Befristet wurden staatliche Referendare mit gutem bis sehr gutem Abschluss in den kirchlichen Dienst übernommen, um langfristige Krankheitsvertretungen abzupuffern oder Stellen zu besetzen, auf die keine Bewerbungen aus dem Pool der Gemeindepfarrer/-innen eingingen. Einen Teil solchen Personals weiterhin anzuwerben und vorzuhalten ist auch von Bedeutung, wo es um die Besetzung von Status-Quo-Religionslehrer-Stellen geht, die den Landeskirchen in Baden-Württemberg durch

den Staat nach wie vor zur Verfügung gestellt werden. Unsere Landeskirche verfügt über 70 solcher Stellen für Pfarrer/-innen, Masterabsolventen/-innen für den Religionsunterricht an Beruflichen Schulen und staatliche ausgebildete Religionslehrkräfte im Kirchendienst. Es gelingt nicht mehr automatisch, Pfarrer/-innen, die gerne Landesbeamte werden wollen, auf solche Stellen überzuleiten. Die Ansprüche in Bezug auf die Lehrproben sind enorm gewachsen und nicht alle Kandidaten schaffen die Überleitung. Von daher wird auch versucht, staatlich ausgebildetes Personal, das mindestens zwei Jahre im Kirchendienst steht, auf diese Stellen überzuleiten. Auch damit wird gewährleistet, dass der Staat sukzessive mehr Versorgungsanteil am Religionsunterricht an weiterführenden Schulen übernimmt.

Die Frage der Erhebung des Bedarfs an Lehrkräften für den RU ist auch mit politischen Implikationen verbunden. So ist der Bedarf an Lehrkräften zur Erteilung von evangelischem Religionsunterricht an sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren nach wie vor groß.

Wie dringlich die Aufgabe ist, soll im folgenden am Beispiel des RU an Beruflichen Schulen verdeutlicht werden. Wenn Bildungsverantwortliche des Staates ein Interesse an konfessionellem Religionsunterricht haben, fördern sie diesen, helfen bei der Finanzierung von Forschungsinstituten (vgl. EIBOR) und treten bei den verantwortlichen



Repräsentanten von Regierungspräsidien, bei Schülern und Schulleitungen dafür ein, dass ausreichend Religionsunterricht angeboten oder dass der vorhandene Bestand gestützt wird. Tun sie dies nicht und bevorzugen stattdessen z. B. einen flächendeckenden Ethikunterricht oder Konzepte wie Religionskunde, dann geht dadurch auch der Bedarf an Religionsunterricht zurück, weil Schulleitungen versuchen, ihren Bedarf an Religionsunterrichtsstunden abzusenden.

Es gibt Schulleitungen Beruflicher Schulen, die ganze Klassen zum Austritt aus dem Religionsunterricht ermutigen. Andere machen sich vor Handwerkskammern für den Religionsunterricht stark oder bitten gezielt um Mithilfe von Religionslehr-

kräften z. B. in Flüchtlingsklassen. Viele Schulleitungen stehen dem Religionsunterricht inzwischen kritisch gegenüber, nicht nur weil dieser schulorganisatorisch in der Verbindung mit Ethik stets eine organisatorische und stundenplantechnische Herausforderung darstellt. Sie fragen an, warum man einen solchen Aufwand für ein Fach betreiben muss, das von immer weniger getauften Schülern besucht wird. Manche vertreten dabei dezidiert atheistische Auffassungen und nehmen Einfluss darauf, dass religiöse Äußerungen im schulischen Raum durch Schulgottesdienste, Projektarbeit und anderes eingeschränkt werden. Daher kann es langfristig auch durch Abwehrhaltung gegen den Religionsunterricht zu einem weiteren Rückgang

kommen. Letztendlich hängt der Religionsunterricht aber an der Zahl der getauften Kinder, die ihn besuchen. Für sie ist er in erster Linie da und sein Erhalt wird dann fraglich werden, wenn die Zahl der ungetauften Teilnehmer am Religionsunterricht die der Getauften in den kommenden Jahren übersteigen sollte.

Möglichkeiten zu schaffen, die Eltern ungetaufter Kinder an die Taufe heranzuführen, sollte ein wichtiges Ziel kirchlicher Bildungsarbeit sein. Kinder, die kirchliche Kindertageseinrichtungen besuchen, sollten für die Taufe und die Teilnahme am Religionsunterricht beim Übergang in die Grundschule interessiert werden. Die Chancen, die darin liegen, dass Eltern mit kleineren Kindern häufig in ho-



Foto: kaidash, fotolia.com

hem Maße offen sind für begleitende Angebote der Kirche, die ihre Kinder der orientierenden Kraft des christlichen Glaubens näher bringt, sollten von Kirchengemeinden und Kindertageseinrichtungen entschlossen wahrgenommen werden.

Es ist die deutlich zurückgehende Zahl der getauften Kinder, die auch die Kinder- und Jugendarbeit in besonderem Maße betrifft. In der Studie „Jugend zählt“ wird darauf hingewiesen (S. 67), dass der Rückgang evangelischer Kinder bezogen auf die Altersgruppe der Sechs- bis Achtjährigen sich in einem Bezugszeitraum von sieben Jahren bis 2013 um 26 % verringert hat. Gleichzeitig wurde festgestellt, dass Taufen im Konfirmandenalter zunehmen und die Konfir-

mandenzeit der biografische Abschnitt ist, zu dem sich die Zahl Evangelischer mit Abstand am deutlichsten erhöht.

Die Kinder- und Jugendarbeit will daher eine Schwerpunktbildung kirchlichen Engagements zugunsten der nachwachsenden Generation erreichen. Schulnahe Kinder- und Jugendarbeit soll stark ausgebaut werden, vor allem auch im ländlichen Raum. Es ist zu erkennen, dass dort, wo Schulen kirchliche Angebote zur Betreuung von Schülern oder zur Projektarbeit mit Schülern in der unterrichtsfreien Nachmittagszeit erhalten, auch die Akzeptanz gegenüber der Kirche wieder wächst. Kirche stellt sich den Eltern gegenüber nun als eine Institution dar, die ihren Kindern eine Heimat bietet, und daher auch etwas für die Eltern/Familie unternimmt.

Um die Arbeit zukunftsweisend auszurichten, müssen Strukturen jetzt schon so angepasst werden, dass auch bei kleinen und räumlich weit auseinanderliegenden Gemeinden eine konzentrierte Kinder- und Jugendarbeit in regionalen Zentren angeboten werden kann, die flexibel auf diese Umstände reagiert. Das kostet mehr Geld, als derzeit für die Kinder- und Jugendarbeit zur Verfügung steht.

Moderne Konfirmandenarbeit ist ein weiterer Baustein, gegen den Trend zu arbeiten und Jugendliche anzusprechen. Auch hierfür müssen neue Strukturen geschaffen werden und mehr gut ausgebildete Mitarbeitende für diesen Bereich zum Einsatz

gebracht werden. Der Arbeitsbereich Seniorenarbeit bedarf struktureller Veränderungen. Die Seniorenkreise in den Gemeinden altern mit ihren Leitern/-innen. Neue Kreise werden nicht gegründet. Eine große Zahl der Jungen Alten ist zum Engagement bereit, steht aber der Kirchengemeinde nicht mehr so nah. Mit ihnen muss nach neuen Beteiligungsformen gesucht und diese eingerichtet werden. Dazu braucht es qualifizierte Hauptamtliche und entsprechende Fort- und Weiterbildungen³⁷.

Der Bedarf an geeignetem Personal, das in den verschiedenen Arbeitsfeldern künftig dringend benötigt wird, stellt sich als ein Kernproblem heraus, das nachhaltig angelegte Lösungen bedarf.

Neben der gezielten Mitarbeiterwerbung für kirchliche Berufe muss das Berufsfeld Kinder-Jugendarbeit auch für Sozialpädagogen/-innen und andere Berufsgruppen geöffnet werden. Es sollte überlegt werden, ob Fachkräfte mit besonderer Verantwortung künftig besser vergütet werden, damit die Attraktivität dieser Berufe steigt und mehr leistungsbereites Personal gewonnen werden kann.

Zu einer guten Personalpolitik gehört ein auf die Mitarbeitenden zugeschnittenes Fort- und Weiterbildungskonzept. Bildungsangebote sind hier gefragt, die gerade in Hinblick auf die älter werdende Belegschaft deren Themen aufgreifen und sich an einer lebenszyklusbezogenen Personalförderung orientieren.

2

HERAUSFORDERUNGEN UND AUFGABEN

2.5. FAMILIE

Jeder Mensch ist Teil einer Familie oder dadurch geprägt: als Tochter oder Sohn, als Bruder oder Schwester, als Mutter oder Vater, als Ehefrau oder Ehemann, als Lebenspartner oder -partnerin oder als familiäre Bezugsperson.

Für Einzelne wie auch für Kirche und Gesellschaft hat Familie im weiten Sinn große Bedeutung. Ihre Funktionen sind für alle unerlässlich und wirken sich essenziell aus auf Gegenwart und Zukunft. Die private Alltagsarbeit in Familie und Partnerschaft sowie die Erziehung und Pflege der Kinder und Alten bilden als Sorge für andere, als soziale Hilfeleistung und gesellschaftliche Solidarität die unverzichtbare Grundlage gesellschaftlichen Reichtums und Zusammenhalts. Familie und Partnerschaft ist die wichtigste Bezugsgröße für Zufriedenheit und allgemeines Wohlergehen, also für Glück³⁸.

Jesus bezeichnet das Doppelgebot der Liebe als zentral für das Leben. Es soll die Grundlage sein für alles ethische Verhalten: Die Liebe zu Gott ist die Basis für das

Zusammenleben mit anderen Menschen und das Verhältnis der Menschen zu sich selbst. Jesus propagiert ein Miteinander, das von dieser Liebe getragen und durchdrungen ist und lebt diese auch. Liebe wird zur wichtigsten zwischenmenschlichen Größe. Wird dies zur Grundlage und zum Vorbild für ein evangelisches Ehe- und Familienverständnis, zeigt sich das in der Qualität der gelebten Beziehungen: Sie sind von Liebe, Verlässlichkeit und Gerechtigkeit, Treue und gegenseitiger Wertschätzung gekennzeichnet. Verbindlichkeit, Verlässlichkeit und Verantwortung sind darum maßgeblich für die Ehe und für andere Lebensformen, die Menschen wählen.

Die beiden wichtigsten gesellschaftlichen Funktionen von Familie sind die Fürsorge (Care) und die Bildung (Erziehung). Familien sind Orte, in denen Kinder gedeihlich und umsorgt heranwachsen können. In Familien werden Menschen am Ende ihres Lebens gepflegt. Kranke erfahren Beistand und Zuspruch. Familie ist der Ort der alltäglichen Rektion für Leib, Seele und Geist.

Familie ist der Lebensraum, in dem Geborgenheit und Vertrau-

en erlebt werden können als Grundlage für die Persönlichkeitsbildung, als Übungsstätte für Beziehung und Kommunikation, für soziales Lernen und gesellschaftliche Solidarität.

Von Anfang an ist Familie der Ort für Erziehung und Lernen, für die Entwicklung der Persönlichkeit, aber auch für das Lernen an Vorbildern. Gelebter Glaube, Wertebildung, religiöses Lernen vollziehen sich am wirkungsvollsten in Familien, wie auch der Spracherwerb und die kulturelle Bildung.

Das Verhältnis zum eigenen Körper, Essverhalten und Bewegung werden stark von der häuslichen Umgebung geprägt. Auch die Balance zwischen Arbeit und Leben wird vorgelebt und weitergegeben.

Die sehr hohen Erwartungen von Familie an sich selbst wie auch die von Schule und Gesellschaft sind kaum zu erfüllen. Es ist eine große Herausforderung, zwischen „*Autonomie und Angewiesenheit*“³⁹ aller ihrer Mitglieder eine Balance zu finden. Zudem ist es immer schwieriger, Familienleben zu organisieren. Familie wird zur Herstellungsleistung. Kochen und gemeinsa-

me Mahlzeiten, inhaltliche Gespräche und gemeinsames Feiern sind keine Selbstverständlichkeit mehr, sondern werden zum Balanceakt zwischen den Ansprüchen von Wirtschaft und Beruf, Schule, Sport und außerschulischem Lernen und dem Medien- und Freizeitverhalten der Einzelnen. Die Schwierigkeiten, die Eltern miteinander und mit ihren Kindern haben, nehmen quer durch die Milieus hindurch zu. Deshalb brauchen Familien heute verstärkt Aufmerksamkeit und Unterstützung. Kirche will jungen Menschen Mut zur Familie machen. Erfahrungen zeigen, dass Familien sehr dankbar sind, wenn ihre alltäglichen Leistungen gewürdigt werden und sie Unterstützung

finden durch Angebote zu Orientierung, Austausch und Gemeinschaft in einer Gemeinde.

Es scheint: Kinder sind in diesem Land wohlbehütet. Ihnen wird ein hohes Maß an Aufmerksamkeit zuteil. Das ist die eine Betrachtungsweise.

Auf der anderen Seite geraten immer mehr Familien in Armut. Die Erziehungsberatungsstellen haben lange Wartelisten. Die Zahl der Inobhutnahmen durch die Jugendämter ist sprunghaft gestiegen. Die Inanspruchnahme von Hilfen aller Art zur Erziehung von Kindern und Jugendlichen wächst drastisch. Das zeigt: Eltern haben häufig zu wenig – auch materielle – Möglich-

keiten, ihre Kinder angemessen zu fördern. Und sie fühlen sich in der Erziehung überfordert.

Die Gestalt von Familie hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Die Vielfalt des Familienlebens nimmt zu. Nach wie vor sind die meisten Familien Ehepaare mit Kindern. Der Anteil der Patchwork-Konstellationen, der Alleinerziehenden und der Familien auf der Basis von nicht-ehelichen Lebensgemeinschaften nimmt jedoch stetig zu. Eine weitere Familienform, die stark in der Öffentlichkeit diskutiert wird, sind Familien auf der Basis von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften. Trotz der Vielfältigkeit von Familienleben und den neuen Rollenverständ-



nissen von Frauen und Männern tragen Frauen nach wie vor die Hauptlast der Haus- und Sorgearbeit.

Fast jede dritte Familie hat heute einen Migrationshintergrund. Bildungsinstitutionen und Kirchen sind herausgefordert, sich darauf einzustellen. Interreligiöser Dialog und interkulturelle Kompetenz gewinnen an Bedeutung.

Durch die gestiegene Lebenserwartung erleben viele Kinder heute Großeltern auf beiden Familienseiten und häufig sogar Urgroßeltern. Die wachsende Mobilität hat zur Folge, dass Familienverbände oft an vielen Orten verstreut sind. Die Kommunikation

hat sich laut Umfragen dadurch nicht verschlechtert, sondern ist zum Teil intensiver und entspannter geworden. Eine direkte Unterstützung bei Kindererziehung und Pflege wird dadurch erschwert.

Auch die Weitergabe kultureller und christlicher Traditionen ist schwieriger geworden. Viele Eltern sind unsicher im Umgang mit ihren Kindern und müssen ihre Rollen erst klären und finden. In Konflikt- und Entscheidungssituationen fühlen sie sich alleingelassen oder überfordert. Sie sind sehr dankbar für die Möglichkeit zu Gemeinschaft und Austausch mit anderen Familien oder den Kontakt zu Älteren. Dies gilt besonders für Ein-Eltern-Familien.

Die subjektive Bedeutung von Familie für junge Menschen heute ist nicht gesunken, sondern noch gestiegen⁴⁰.

Beruf und Familie miteinander zu verbinden ist eines der wichtigsten Ziele junger Menschen und auch der arbeitenden Bevölkerung sowohl von Männern als auch von Frauen. Zeit für Familie und gemeinsame Familienzeit ist zu einem Thema der Familienpolitik geworden.

Es ist eine große Herausforderung für die Evangelische Kirche, diese veränderte Familienlandschaft wahrzunehmen und in einer großen Breite in Gemeinden und kirchlichen Gremien zu diskutieren, wie sich Kirche auf diese Veränderungen einstellen kann. Dabei ist das evangelische Familienverständnis, das in der Ehe eine gute Gabe Gottes sieht, in seiner Offenheit eine Chance, sich für die gelebten Formen von Familie zu öffnen und diese in ihren Grundfunktionen zu unterstützen. Als Orientierungsgröße dient das Wohl der Kinder und aller Familienmitglieder in einer an Gerechtigkeit orientierten Familie, die in verlässlicher Partnerschaft verantwortlich gelebt wird.

Immer weniger Menschen leben in Gemeinschaft mit Kindern. Ihr Anteil an der Bevölkerung schrumpft. Für Kirche hat dies eine doppelte Konsequenz: Zum einen besteht die Gefahr, dass die Anliegen und Interessen von Familien in der Politik an Bedeutung verlieren. Sie brauchen Bündnispartner. Kirchengemeinden sind in ihrem Selbstverständnis und mit ihren Ange-

Foto: WavebreakmediaMicro, fotolia.com





Foto: Roman Burlacu, fotolia.com

boten auf Familie hin angelegt. Die Diakonie begleitet Eltern, Kinder und Familien in schwierigen Lebensphasen mit einer Fülle ausdifferenzierter Leistungen. Sie haben einen tiefen Einblick in die Lebenswirklichkeit von Familien. Sie haben Gewicht und Einfluss, um deren Anliegen und Interessen im öffentlichen Raum nachdrücklich zu unterstützen.

Zum anderen eröffnet sich für Kirche die Möglichkeit, mit der wachsenden Zahl von Menschen, die nicht in Gemeinschaft mit Kindern leben, ebenfalls Raum zu

bieten. Für diesen Personenkreis sind Kirchengemeinden mit ihrem auf Familien hin angelegten Selbstverständnis eher eine Hürde, die den Kontakt erschwert.

Hier müssen neue Formen kirchlicher (Bildungs-)Arbeit entwickelt und erprobt werden. Nach den Ergebnissen der Fünften Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung wird der christliche Glaube vor allem in den Familien tradiert. Zu beobachten ist ein Verlust an religiöser Sozialisation in den Familien. Die Zahl der Taufen geht deutlich zurück. Durch religiöse Bildungsarbeit

mit Eltern in Kitas, Familienzentren, Gemeinden und Schulen sollen Eltern zur religiösen Erziehung befähigt und in der Weitergabe des Glaubens unterstützt werden. In diesem Rahmen soll verstärkt für die Taufe geworben werden und flexible Gelegenheiten zur Taufe geschaffen werden. Taufeste sollen als niedrigschwellige Möglichkeit der Taufe verstärkt gefördert werden. So können auch Menschen zur Taufe ihrer Kinder ermutigt werden, die nicht dem klassischen Idealbild von Familie entsprechen können oder wollen.

2

▷ HERAUSFORDERUNGEN
UND AUFGABEN

2.6. INKLUSION

Mit der UN-Behindertenrechtskonvention, die von der UN-Versammlung 2006 verabschiedet wurde und der die Bundesrepublik Deutschland 2009 beigetreten ist, wurde ein grundlegender gesellschaftlicher „Paradigmenwechsel“ vollzogen, nicht nur für den Umgang mit Menschen mit Behinderung, sondern mit Minderheiten, Benachteiligten und Fremden generell.

Die Behindertenrechtskonvention fordert die Umsetzung der allgemeinen Menschenrechte speziell für Menschen mit Behinderung. Es geht um deren Anerkennung „als gleichberechtigte und gleichwertige BürgerInnen der Gesellschaft“⁴¹. Im Mittelpunkt steht die volle Teilhabe von Menschen mit Behinderung am gesellschaftlichen Leben, die Achtung ihrer „Würde und Autonomie“, der „Respekt vor der Unterschiedlichkeit“.⁴²

Diese Sicht der Inklusion weitete sich von der Beschränkung auf Menschen mit Behinderung hin zu einem gesellschaftlichen Leitbegriff. In einem weiten

Sinne ist Inklusion „zum Leitbild eines umfassenden gesellschaftlichen Wandels geworden. Separierungen sollen überwunden, Teilhabe für alle gleichberechtigt ermöglicht, Vielfalt wertgeschätzt werden. Niemanden als „Anderen“ oder „Fremden“ auszugrenzen, etwa weil er oder sie einen anderen ethnischen oder kulturellen Hintergrund hat, zu einer religiösen oder sexuellen Minderheit gehört oder eben mit einer Behinderung lebt – das ist das zentrale Lebensprinzip einer vielfältigen Gemeinschaft“.⁴³

Der Rat der EKD hat sich in einer Orientierungshilfe zur Umsetzung von Inklusion in Kirche und Gesellschaft 2014 dieses weite Verständnis von Inklusion zu eigen gemacht, konzentriert sich jedoch auf Schritte zur Inklusion von Menschen mit Behinderung. Auch die Evangelische Landeskirche in Baden schließt sich in den „Eckpunkten Inklusion“ (2015) der Vision einer „inkluisiven Gesellschaft“ an, in der Inklusion verstanden wird als „Kunst des selbstverständlichen Zusammenlebens von verschiedenen Menschen, die gleichwertig und gleichberechtigt miteinander wohnen, arbeiten, spielen, beten und feiern“⁴⁴. Die Eckpunkte Inklusi-

on begründen dies theologisch mit den durch die Landessynode hervorgehobenen biblischen Leitmotiven für das zielgerichtete Handeln der Landeskirche her. Von ihnen ausgehend erschließen sich unterschiedliche Aspekte von Inklusion: In der Kirche als „Haus der lebendigen Steine“ (1. Petr. 2,5) ist Raum für Menschen in ihrer Verschiedenheit. Christen als „Salz der Erde“ (Mt. 5,13) vollziehen nach dem Vorbild Jesu einen „Perspektivwechsel“ zu den Ausgegrenzten.

Im „Leib Christi“ (Römer 12,1) werden alle Glieder gebraucht, auch die Schwächeren. Als „wanderndes Gottesvolk“ (Hebr. 4,9) nimmt die christliche Gemeinde die Zukunft des Reiches Gottes in ihrem Handeln vorweg. Die Kirche steht vor der Herausforderung, systematisch Maßnahmen zur Inklusion für verschiedene Handlungsbereiche zu entwickeln.

Die Herausforderung für den Bildungsbereich ist sehr groß, geht es doch um eine grundlegende Neuausrichtung der Bildungssysteme Kindertageseinrichtung, Schule und Erwachsenenbildung mit dem Ziel der Inklusion. Das Land Baden-Württemberg hat mit der Änderung des Schul-



Foto: Marco2811, fotolia.com

gesetzes (2015) erste Schritte getan. Die Pflicht zum Besuch einer Sonderschule wurde aufgehoben.

Die Eltern werden im Rahmen der Feststellung eines sonderpädagogischen Förderbedarfs umfassend beraten und sollen selbst entscheiden, ob ihr Kind eine allgemeinbildende Schule besucht oder eine Sonderschule. Eine Bildungswegekonferenz sucht nach Möglichkeiten der Umsetzung des Elternwunsches. An allgemeinbildenden Schulen mit Ausnahme der gymnasialen Oberstufe wird der zieldifferente Unterricht eingeführt. Son-

derschulen werden zu sonderpädagogischen Förderzentren, deren Lehrkräfte Schüler/-innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf an allgemeinbildenden Schulen begleiten und auch in Außenklassen unterrichten. Sonderpädagogische Förderzentren können auch Schüler/-innen ohne Behinderung aufnehmen. Im Einzelnen gibt es hier noch hohen Regelungsbedarf und erhebliche Unsicherheiten.

Aufgrund der Tatsache, dass kirchliche und diakonische Träger eine große Zahl von Sonderschulen betreiben, sind sie vom Umbau des Schulsystems

besonders betroffen. Sie stehen vor dem Problem, dass sie die Förderschulen in den letzten Jahrzehnten besonders ausgebaut haben, um dem Bildungsanspruch von Menschen mit Behinderung gerecht zu werden und ihnen einen geschützten Raum des Lernens zu bieten. Damit haben sie aber auch die Eingliederung in die Gesellschaft und die Teilhabe an Bildung behindert. Nachweislich erreichen mehr Schüler/-innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf einen qualifizierten Schulabschluss, wenn sie eine allgemeinbildende Schule besuchen. Es gilt daher auch für die



Foto: BillionPhotos.com, fotolia.com

kirchlichen Träger, die an den Sonderschulen entwickelte sonderpädagogische Kompetenz in inklusiven allgemeinbildenden Schulen einzubringen und ihre eigenen Schulen umzuwandeln bzw. für inklusiven Unterricht zu öffnen. Hier stellt sich die besondere Aufgabe, die Kooperation von staatlichen Schulen und den Privatschulen evangelischer Träger rechtlich, organisatorisch und finanziell zu regeln.

Mit dem Ausbau eines flächendeckenden Netzes von inklusiven Schulen mit zieldifferenzierten, individualisierten Bildungsplänen ergeben sich Herausforderungen im Blick auf die „*Unterrichtskultur*“ („*verbindliche Qualitätsstandards für inklusiven Unterricht*“), die räumliche und sächliche Ausstattung, die Lehrerversorgung, Ressourcen für Diagnostik und Inklusionsberatung, die Pflege von inklusiver Schulkultur (Schulseelsorge) wie auch für die Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte. An Schulen in evangelischer Trägerschaft richten sich besondere

Erwartungen. Mit ihnen „*verbindet sich der Anspruch, evangelisches Bildungsverständnis in besonderer Weise deutlich zu machen*“.⁴⁵ So sollen sie inklusive Bildung modellhaft realisieren und neue Formen der Inklusion exemplarisch erproben, um auf mehr Bildungsgerechtigkeit hinzuwirken. Notwendig ist eine vollständige Gleichbehandlung von Schulen in evangelischer Trägerschaft mit staatlichen Schulen. Sie ist eine zentrale bildungspolitische Aufgabe für Kirche und Gesellschaft.

Dies trifft in gleichem Maße auch für die evangelischen Kindertageseinrichtungen zu. Es gilt, diese flächendeckend zu inklusiven Bildungseinrichtungen weiterzuentwickeln, die Erzieher/-innen entsprechend aus- und fortzubilden und die auskömmliche Finanzierung vonseiten der Kommunen sicherzustellen.

Aus der gemeinsamen Verantwortung von Kirche und Staat für den Religionsunterricht als ordentliches Unterrichtsfach re-

sultiert die Herausforderung, vonseiten der Kirche besondere Verantwortung für die Qualität des Unterrichts, für die Fort- und Weiterbildung, für die Begleitung und Beratung der Lehrkräfte in Sachen Inklusion zu übernehmen.

Konfirmandenarbeit eröffnet über Schul-, Milieu- und Sozialgrenzen hinweg die Begegnung von Jugendlichen miteinander und mit dem christlichen Glauben. Sie bietet gute Möglichkeiten, Inklusion zu lernen und zu leben. Eine inklusive Konfirmandenarbeit ist herausgefordert, gemeinsame Konfirmationen von Jugendlichen mit und ohne Behinderung in der Ortsgemeinde zu stärken. Sie fördert die Gemeinschaft der Verschiedenen, das Aushalten von Unterschieden und die wechselseitige Anerkennung. Es gilt, hierfür Kompetenzen und unterstützende Netzwerke aufzubauen.

Dies gilt in gleichem Maße auch für die Kinder- und Jugendarbeit. Sie verfolgt Inklusion im umfassenden Sinne als eines der

zentralen Themen. Die Öffnung für Vielfalt und die Barrierefreiheit werden für sie zu wichtigen Zielen. Es gilt, Kinder und Jugendliche aus unterschiedlichsten sozialen Milieus zusammenzuführen und ihnen die Erfahrung zu erschließen, dass *„Vielfalt in Gemeinschaft und Teilhabe“*⁴⁶ ein Gewinn für alle ist. Inklusion in der Jugendarbeit braucht Zeit, Ressourcen und Orte des Erfahrungsaustauschs.

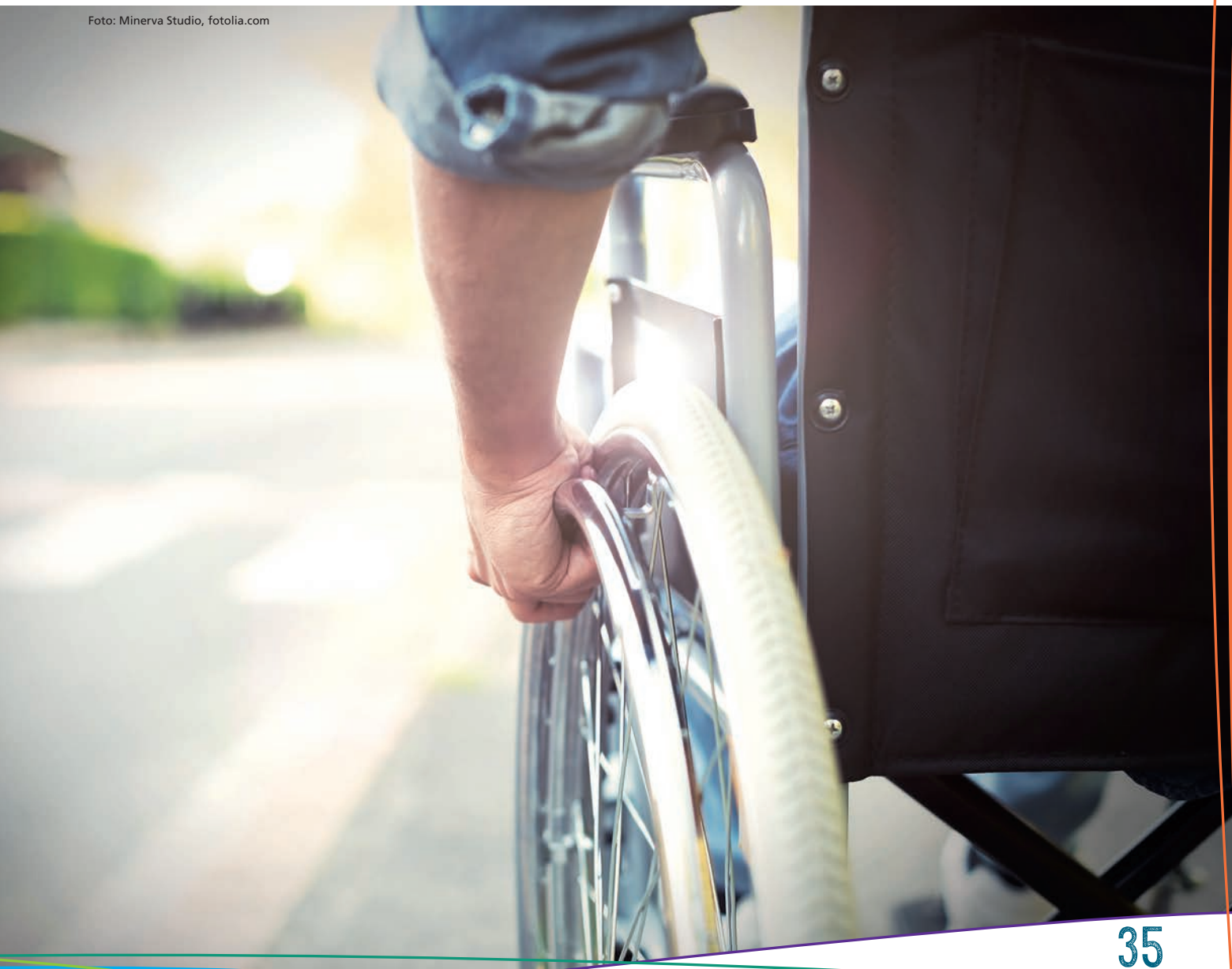
Auch für die Erwachsenenbildung und speziell die kirchliche Arbeit mit Frauen und Männern stellt sich die Aufgabe, den

evangelischen Bildungsauftrag über Sozial- und Milieugrenzen hinweg zu realisieren und dabei auch eher bildungsferne Zielgruppen anzusprechen. Sie kann und soll das Bewusstsein und das Nachdenken über Inklusion in Kirche und Gesellschaft wachhalten, Denk- und Handlungsanstöße geben.

Der pädagogische Diversity-Ansatz eröffnet dazu den Zugang. Ihm geht es darum, Diskriminierungen und Ausschlussmechanismen im Bildungsbereich abzubauen und den Menschen in ihrer Unterschiedlichkeit zur Be-

gegnung und Kooperation auf Augenhöhe zu verhelfen. Dazu gehört es, die Relativität der eigenen Biographie und Identität wahrzunehmen. Durch inklusive Bildungsangebote (z. B. Sprachkurse und kulturelle Bildung für Flüchtlinge, interkulturelle/interreligiöse Begegnungen, Seniorenakademie, Bildungsangebote im Altersheim oder mit Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen etc.), die Menschen aus der Mitte und dem Rand der Gesellschaft ansprechen, leistet die Bildungsarbeit mit Erwachsenen einen wichtigen Beitrag zur Inklusion.

Foto: Minerva Studio, fotolia.com



2

▷ HERAUSFORDERUNGEN UND AUFGABEN

2.7. FRIEDENSBILDUNG

Frieden zu schaffen ohne Gewaltanwendung ist eine der zentralen Herausforderungen für die Gesellschaft heute. Krieg, Terror und Gewalt greifen weltweit um sich. Sie zerstören das Leben unzähliger Menschen, zerreißen Familien, treiben Millionen in die Flucht. Ihre Folgen sind Armut, Hunger, Obdachlosigkeit, körperliche und seelische Verletzungen und Traumata, Verstümmelung, Vergewaltigung, Missbrauch und Versklavung als Kindersoldaten.



Foto: T. Michel, fotolia.com

Nach Angaben der UNO waren 2015 mehr als 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Hunderttausende leben in Flüchtlingscamps, oft ohne Zugang zu lebenswichtigen Ressourcen. Sie haben keine Bildungschancen. Bildung jedoch ist der Schlüssel zu einem friedlichen Miteinander.

Die Expansion von Rüstungsprogrammen vieler Länder, die Rüstungsindustrie, der weltweite Waffenhandel, insbesondere illegale Waffenexporte in Krisengebiete sind zentrale Grundlagen für Krieg und Gewalt. Das

Geschäft mit dem Krieg wird befördert durch ein ideologisches Sicherheitsdenken nach dem Grundsatz: Mit der Androhung und dem Einsatz von Waffengewalt kann Sicherheit geschaffen werden. Den Frieden mit Mitteln der gewaltfreien Konfliktlösung zu fördern und zu erreichen, erscheint nach dieser Sicherheitslogik aussichtslos. Vom Standpunkt des christlichen Glaubens her gilt es, umzudenken, Wege der gewaltfreien Konfliktbearbeitung zu suchen und zu verstehen, wie sie zum Erfolg führen können. Friedensbildung zielt auf Alternativen zur Logik

der Gewalt. Sie erfordert neue Denkwege, Kompetenzen zur Analyse der politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge, ethisches Urteilsvermögen und die Ermutigung zum zivilgesellschaftlichen Engagement für den Frieden.

Unfrieden und Gewalt sind auch prägend im Alltag von vielen Kindern und Jugendlichen in Familie, Schule und Kindergarten. Immer wieder erleben sie, wie Konflikte mit verbaler oder physischer Gewalt „gelöst“ werden und der Stärkere sich durchsetzt. Durch Programme

für Streitschlichter, Schülermentoren und die Förderung des sozialen Miteinanders bemühen sich die Schulen, gewaltfreie Konfliktlösungen zu lernen und ein friedliches Miteinander einzuüben. Es ist notwendig, dass Friedensbildung als Leitperspektive in den Bildungsplänen von Kindergarten und Schule verankert wird, die in allen Fächern verfolgt wird, nicht nur im Religionsunterricht.

„Selig sind die Friedensstifter“ (Mt 5,9) – Jesus ruft seine Nachfolger/-innen auf, sich für ein gesellschaftliches Miteinander ohne Gewalt einzusetzen. Die Evangelische Landeskirche in Baden hat sich mit dem Beschluss der Landessynode zur Friedensethik auf den Weg begeben, eine Kirche des gerechten Friedens zu werden. Der Einsatz für Frieden und Versöhnung wird

als Kern des kirchlichen Zeugnisses benannt, für das sich die Kirche auf allen Ebenen einsetzen soll. Gefördert werden soll die Gewaltfreiheit in den Beziehungen von Personen, Gruppen und Völkern. Die Zusammenhänge von Frieden mit sozialer Gerechtigkeit, Überwindung der Armut und der Bewahrung der Schöpfung fordern zu einem nachhaltigen Lebensstil heraus, so wie sie auch von den Vereinten Nationen in den neuen SDGs (Sustainable Development Goals) vereinbart wurden.

Daraus ergeben sich konkrete friedenspädagogische Aufgaben:

▷ Ausbildung von Multiplikatoren zur zivilen Konfliktbearbeitung, wie z. B. Mediatoren, Friedensfachkräfte, Begleiter von Bürgerdialogen u. a.

- ▷ Die Entwicklung von friedenspädagogischen Angeboten und die Fortführung der bestehenden Programme („Jugendliche werden Friedensstifter“ und „Freiwilliger Ökumenischer Friedensdienst“ (FÖF), Streitschlichter an Schulen)
- ▷ Die Aufnahme von aktiver gewaltfreier Konfliktbearbeitung und Methoden der Friedensarbeit als verbindliche Inhalte in die Aus-, Fort- und Weiterbildung.
- ▷ Bekanntmachung des Zivilen Friedensdienstes und Ziviler Konfliktbearbeitung als Alternative zu militärischem Denken und Handeln

Die Vorgaben des friedensethischen Beschlusses der Landessynode sind für die kirchliche Bildungsplanung verbindlich.

Foto: Syda Productions, fotolia.com



2

▷ HERAUSFORDERUNGEN
UND AUFGABEN

2.8. MEDIEN IN DER EVANGELISCHEN BILDUNGSARBEIT

Evangelischer Glaube verdankte von Anfang an seine Verbreitung und die Möglichkeiten zur religiösen Bildung der Menschen der Nutzung der jeweils fortschrittlichsten Medien. Ohne die Weiterentwicklung der Druckkunst durch Johannes Gutenberg wäre vermutlich vieles im kleinen Kreis der theologischen Insider an der Universität in Wittenberg stecken geblieben.

Was damals der Buchdruck war, sind heute die Massenmedien allgemein, vor allem aber die digital vernetzten Medien. Unser Leben findet zunehmend in einer vollständig vernetzten Welt statt und das betrifft eben nicht nur allerlei Wearables oder vielerlei Haus- oder Automobiltechnik, mit denen wir zunehmend umgeben sind. Vielmehr ermöglicht digitale und Medienkompetenz den Zugang zu Informationen und Bildung überhaupt und ist somit eine wesentliche Voraussetzung für gesellschaftliche, politische und berufliche Teilhabe. Medienbildung als Reaktion auf diese gesellschaftlichen Veränderungs-

und Wandlungsprozesse bildet daher einen wichtigen Faktor auch in der evangelischen Bildungsarbeit.

„Heute sind die Bildungseinrichtungen wie auch der Einzelne gefordert, Kompetenzen neu zu bestimmen und einzuüben. Das bedeutet, einen an die vernetzte Wirklichkeit angepassten Umgang mit Wissen und Bildung zu finden. Dazu gehört, immer neu Antwort auf die Frage zu suchen, wie aus den milliardenfachen Informationen im Netz jene Bildung wird, die erst ermöglicht, sich im scheinbar grenzenlosen Verfügungswissen zu orientieren. Zur Bildung unter digitalen Bedingungen gehört der kompetente Umgang mit den modernen Kommunikationstechnologien. Es ist neu zu beschreiben, was es heißt, Texte, Bilder und Zeichen zu verstehen, zu deuten und sich in der Vielfalt der Sinnstiftungsangebote und Bewertungen zurechtzufinden.“⁴⁷

Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene zählen zu den sogenannten „digital natives“, die in die digitale Welt hineingeboren wurden, selbstverständlich darin aufwachsen und den

Umgang mit ihr wie selbstverständlich beherrschen:

„Für Kinder und Jugendliche gehören moderne Informations- und Kommunikationsgeräte inzwischen zum Alltag. Schon im Alter von sechs bis sieben Jahren nutzt ein Fünftel (20 %) ein Smartphone. Während die Jüngeren naturgemäß in der Regel die Geräte ihrer Eltern nutzen, korrespondiert die Nutzung ab dem Alter von zehn Jahren mit dem Besitz der Geräte. Unter den 12- bis 13-Jährigen gehört die Smartphone-Nutzung mit einem Anteil von 85 % zum Standard“.⁴⁸

„Digital immigrants“, Personen also, die vor 1980 geboren wurden, sind noch nicht mit modernen Technologien aufgewachsen und tasten sich daher erst im Erwachsenenalter an sie heran. Durch den demografischen Wandel und die weltweite Medienentwicklung ist Medienkompetenzförderung somit nicht nur ein Handlungsfeld der Jugendbildung und der Jugendarbeit, sondern auch die Bereiche der frühkindlichen Förderung, der Eltern- und Familienbildung und der Bildung von Älteren sind hier von Bedeutung. Medienkompetenz ist in allen Altersgruppen zu vermitteln und zu fördern.

DIE AUDIO BIBEL





„Kirche denkt immer noch zu sehr in Papier. Gemeindebriefe, Zeitungsartikel und Prospekte sind nach wie vor Publikationsmöglichkeiten erster Wahl, Internet, kommt dann dazu‘. Noch fataler ist die Papierorientierung bei Terminen: Hier werden viele Ereignisse nur auf Papier veröffentlicht, was die leichte Weiterverbreitung im Netz unmöglich macht und Vernetzung verhindert. Ziel muss der durchgehende Einsatz von Termindatenbanken und Kollaborations-Plattformen sein. Inhalte müssen möglichst aktuell im Netz veröffentlicht werden und leicht zugänglich sein. Wo das schon möglich ist, wurden in der Projektstelle gute Erfahrungen in deren Weiterverbreitung über die Sozialen Medien gemacht.“⁵⁰

So heißt es in der „Kundgebung der 11. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland“ auf ihrer 7. Tagung zur „Kommunikation des Evangeliums in der digitalen Gesellschaft“ folgerichtig:

„In der digitalen Gesellschaft gilt, dass Bildung und insbesondere Medien- und Digitalkompetenzen den Zugang und die Nutzungsmöglichkeiten des Internets bestimmen. Medienethische Bildung und Wissen über Wirkung und Wirkweisen von Bildern und Texten helfen Menschen, positive und negative Folgen der eigenen Kommunikation wahrzunehmen und zu gestalten.

Ein besseres Verständnis von Digitalisierung, Daten und Netzwerken liefert Grundlagen für Freiheit und Teilhabe. Die evangelische Kirche hat die Aufgabe, digitale Bildungsprozesse aus

christlicher Perspektive neu zu denken. Evangelische Kirche tritt grundsätzlich dafür ein, dass Teilhabe für alle möglich wird, unabhängig von Alter, Herkunft, Wohnort und Einkommen.“⁴⁹

Die neuen Kommunikationsformen können körperliche Einschränkungen kompensieren und eröffnen Teilhabe für Personen mit Einschränkungen.

Da sich der Bereich der digitalen Medien ständig verändert und fortentwickelt, ist es nötig, auch die eigene Bildungsarbeit im Blick darauf immer wieder neu zu definieren und weiterzuentwickeln.

Die Bayerische Landeskirche hat darum z.B. eine Projektstelle zum Einsatz von Social Media in der Kirche eingerichtet, in deren neuestem Bericht zu lesen ist:

Analoge Formen von Verkündigung und Gemeinde lassen sich zukünftig in einem hohen Maß über den dort anwesenden Teilnehmerkreis hinaus öffnen und digital teilen. Der Raum religiöser Kommunikation und Bildung wird dadurch erheblich erweitert. Dies muss eingeübt werden und es muss vor allem auch für die dazu notwendigen technischen Einrichtungen vor Ort gesorgt werden.

Die wichtigsten Forderungen und Empfehlungen für den Bildungsbereich sind bereits in der Kundgebung der 11. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland auf ihrer 7. Tagung zur „Kommunikation des Evangeliums in der digitalen Gesellschaft“ aufgeführt und sollten übernommen und landeskirchlich umgesetzt werden.

2

HERAUSFORDERUNGEN UND AUFGABEN

2.9. EHRENAMT BRAUCHT BILDUNG

Veränderungen

Die Einbettung kirchlicher Bildung in Bezug auf das ehrenamtliche Engagement orientiert sich an den Haltungen und Erwartungen der Ehrenamtlichen selbst, an den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und schließlich an den politischen Vorgaben. In allen drei Bereichen haben in den vergangenen Jahren prägnante Veränderungen die Voraussetzungen für Planen und Handeln kirchlicher Arbeit verändert. Für die zukünftige Entwicklung spielt Bildung hier eine zentrale Rolle.

Setzt man den Fokus auf die Ehrenamtlichen selbst, so hat der 4. Freiwilligensurvey 2014 der Bundesregierung aufgezeigt, dass sich eine Haltungsänderung in der Motivation in Bezug auf gestaltungsorientierte und entwicklungsorientierte Gründe ergeben⁵¹. Die Zunahme der Bedeutung von Möglichkeiten der Partizipation und Mitgestaltung zur Ausübung eines Ehrenamtes zeichnet sich zunehmend deutlich ab. Sie ist Kennzeichen einer neu entstehenden und sich weiterentwickelnden Engagementkultur, die sich aktuell beispielhaft in der Arbeit mit

Flüchtlingen abzeichnet. Es wird eine nachlassende Bindung von engagierten Menschen an die Organisation Kirche sichtbar. Gleichzeitig wenden sich viele Engagierte anderen sinnorientierten Aufgaben zu.

Die Haltungsänderung von Engagierten in Bezug auf eine eigene Interessenorientierung wird beim Thema Fortbildung deutlich. So äußern etwa 70 % der erwerbstätigen Engagierten, dass die erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten nützlich für ihre berufliche Tätigkeit sind⁵². Bei den Engagierten, die sich noch im schulischen Kontext oder in Ausbildungen befinden, liegt die Zahl bei 85 %. Damit bieten Qualifizierungschancen einen Anreiz für die Übernahme oder Fortführung einer ehrenamtlichen Tätigkeit. Gleichzeitig zeigt die hohe Anzahl von Freiwilligen an Weiterbildungen (40,5 %), dass hier Bildung als Schlüssel für Gewinnung und Bindung von en-

gagierten Menschen fungieren kann. Die älter werdenden Gemeinden bieten gleichwohl die Chance, Menschen jenseits der Berührungsgrenze für kirchliche Bildungsangebote zu gewinnen. Die Kirchengemeinden haben hier ein weites Feld der Gestaltung. Dies kann von klassischen Vortragsangeboten, über Bildungsreisen, bis hin zu regional angebotenen Fortbildungskursen gehen. Dies ökumenisch und dezentral zu organisieren stellt eine der kommenden Herausforderungen dar. Durch den demografischen Wandel und bildungspolitische Weichenstellungen hat sich die Situation des klassischen kirchlichen Ehrenamtes verändert. Die Gewinnung und Bindung von ehrenamtlich Mitarbeitenden setzte in den vergangenen Jahrzehnten über die Engagementfelder im Kinder- und Jugendbereich an. Von hier aus zeichnete eine klassische Ehrenamtsbiografie ihren Beginn und setzte sich auf ande-



Foto: kebox, fotolia.com

ren kirchlichen und gesellschaftlichen Feldern fort. Je früher das Hineinwachsen in ein ehrenamtliches Engagement erfolgt, umso nachhaltiger verankert sich diese Haltung als Prinzip in der jeweiligen Biografie, einmal engagiert – immer engagiert. Obwohl die jungen Menschen mit einem Anteil von 46,9% eines Jahrgangs insgesamt immer noch die am stärksten engagierte Gruppe darstellen⁵³, werden die Bedingungen für die Gewinnung und Bildung von Ehrenamtlichen immer schwieriger. Neben dem demografisch begründeten zahlenmäßigen Rückgang von jungen Menschen haben sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für diese Zielgruppe deutlich verändert. Die schulischen Bedingungen mit den Anforderungen von Ganztagschulen und der Verkürzung der Schulzeit mit G8 in

Baden-Württemberg und eine erhöhte Leistungsorientierung in Studium und Beruf bedingen deutliche Einschränkungen in der Möglichkeit zum freiwilligen Engagement in Kirche und Gesellschaft. So nimmt sowohl die wöchentlich für ehrenamtliches Engagement aufgewandte Zeit⁵⁴ als auch die mittlere „Verweildauer“ von Jugendlichen und jungen Menschen im kirchlichen Ehrenamt ab. Sie endet meist nach Ende der Schulzeit durch die in Hochschule, Ausbildung und Beruf geforderte und gewachsene Mobilität. Die Veränderungen und Anforderungen im Bereich der Hochschulen beenden das vorherige ehrenamtliche Engagement oft sehr abrupt. Verstärkt hat sich der Trend, dass sich immer Jüngere, häufig in Verbindung mit der Konfirmandenzeit, engagieren wollen. Diese sind zu jung, um

eigenverantwortliche Leitungsfunktionen auszuüben und benötigen gleichzeitig Engagementbereiche, die sich an ihren Interessen und Möglichkeiten orientieren. Diese Entwicklungen stellen große Herausforderungen für die Gewinnung, Begleitung und Qualifizierung von Ehrenamt sowohl in quantitativer wie qualitativer Hinsicht dar.

Auch wenn parallel zu den beschriebenen Entwicklungen bei jungen Menschen die Bereitschaft von Älteren zum Engagement signifikant zunimmt, bleibt die Frage der Mitgliederbindung über eine konstante lebensbegleitende kirchliche Bildung offen. Die Wege, die Personen im Ehrenamt zurücklegen, werden sich zukünftig weniger linear entwickeln, sondern sich bruchstückhaft zeigen und komplexer entwickeln. Betrachtet man die Entwicklung



Foto: DorSteffen, fotolia.com



Foto: Gstudio Group, fotolia.com

des Ehrenamts in den vergangenen fünf Jahren nach der Verortung in Organisationsformen, so zeigt sich ein Trend des sinkenden Anteils in Verbänden und Vereinen bei gleichzeitiger Zunahme von individuell organisiertem Engagement. Auch wenn der Gesamtanteil der Verortung des Engagements nach wie vor bei circa 50 % liegt, stellt sich hier für die Evangelische Landeskirche die Frage der Zukunftsorientierung. So resümiert der Freiwilligen-survey: „Trotz sinkender Mitgliederzahlen in der evangelischen und katholischen Kirche hat das Engagement in Kirche und Religion zwischen 1999 und 2014 in Deutschland zugenommen; im

*Vergleich zu anderen Engagementbereichen fällt der Anstieg jedoch eher moderat aus*⁵⁵.

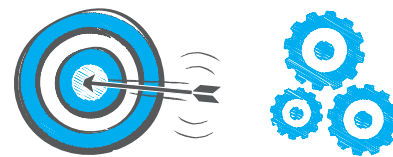
Die politischen Rahmenbedingungen für Ehrenamtliche haben sich mit der Verabschiedung des Bildungszeitgesetzes zum 1. Juli 2015 in Baden-Württemberg verbessert. Damit kann der Anspruch eingelöst werden, bezahlte Bildungszeit für die Qualifizierung des ehrenamtlichen Engagements in Anspruch zu nehmen. Die Umsetzung des Gesetzes hat aber derzeit noch erhebliche Mängel. In der Praxis wird sich zeigen, welchen Stellenwert das ehrenamtliche Engagement im Rahmen der beruf-

lichen Bildungskontexte hat. Für die kirchlichen Fortbildungsangebote eröffnen sich ggf. neue Möglichkeiten, im Rahmen dieses Gesetzes qualifizierte mehrtägige Fortbildungsangebote für Berufstätige anzubieten.

Die Verhandlungen zu den konkreten Bestimmungen der Verordnung zum Bildungszeitgesetz haben gezeigt, dass eine politische Vertretung der kirchlichen Interessen nicht gebündelt vorgetragen werden konnte. Für eine ökumenische Abstimmung der Interessen in Baden-Württemberg fehlen die entsprechenden Voraussetzungen und Strukturen.

3

▷ ZIELE UND MASSNAHMEN⁵⁶



3.1. VERÄNDERUNGEN IM ÖFFENTLICHEN BILDUNGSWESEN

ZIELE

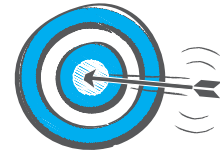
- ▷ Die Plausibilität evangelischer Bildungsarbeit in Kirche und Schule, ihre religionspädagogische Ausrichtung und personelle Ausstattung sind geklärt,
- ▷ Kooperationen von Gemeinden und Jugendverbänden mit Schulen sind in allen Kirchenbezirken eingerichtet,
- ▷ langfristiger Ausbau und Differenzierung der Weiterbildung gemäß der Ziele des „Bündnis Lebenslanges Lernen“ (2012) und des Weiterbildungspakts (2015) mit dem Kultusministerium (vgl. 2.1) zu den Schwerpunktthemen Digitalisierung und ländlicher Raum⁵⁷.

MASSNAHMEN

- ▷ Eine Landessynode beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit dem Thema Religionsunterricht,
- ▷ ein Symposium „*Religiöse Bildung als Aufgabe des Gemeindedienstes*“ findet statt,
- ▷ die Handelnden in den Kirchenbezirken der schulnahen gemeindlichen Kinder- und Jugendarbeit werden beraten,
- ▷ Informativveranstaltungen zur Kooperation von Schule und Gemeinde und den Rahmenbedingungen im Ganztags-schulbereich in den Kirchenbezirken, in denen noch keine Kooperation besteht, werden durch die bezirklichen Kinder- und Jugendwerke mit Unterstützung evangelischer Schülerinnen- und Schülerarbeit (esb) durchgeführt,
- ▷ junge Erwachsene werden durch kirchliche digitale Bildungsangebote angesprochen,
- ▷ kirchliche Bildungsarbeit mit Erwachsenen im ländlichen Raum wird gestärkt.
- ▷ Ein Bildungskongress findet 2020 statt.

3

ZIELE UND MASSNAHMEN ⁵⁶



3. 2. PLURALISMUS UND SÄKULARITÄT

ZIEL

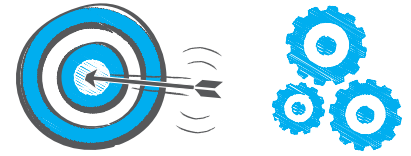
- ▷ Pluralitätsfähigkeit als zentrale Kompetenz für evangelische Bildungsarbeit in Schule und Gemeinde ist etabliert.

MASSNAHMEN

- ▷ Modelle interreligiösen Lernens im RU werden entwickelt und standardisiert,
- ▷ Modelle multireligiöser Feiern an der Schule werden entwickelt und erprobt,
- ▷ ein Führerschein „*Religionen für Jugendliche und Erwachsene*“ wird entwickelt. Die Koordination und Bündelung von Maßnahmen interkultureller und interreligiöser Bildungsarbeit im EOK wird durchgeführt,
- ▷ interreligiöse Begegnungen und Partnerschaften sowie Fortbildungen finden auf Gemeinde- und Bezirksebene statt,
- ▷ erwachsenenbildnerische Angebote wie Kurse zum Glauben, Theologie- und Anthropologiekurse, Kulturführerschein „*Reformation heute*“ werden durchgeführt,
- ▷ das jugendpolitische Projekt „*Diversity*“ findet als kirchliches Angebot im säkularen Raum statt ⁵⁸.

3

▷ ZIELE UND MASSNAHMEN⁵⁶



3.3. MIGRATION UND ARMUT

ZIELE

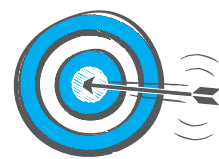
- ▷ Der Orientierungsplan ist als Grundlage für die fachliche Arbeit in den evangelischen Kindertagesstätten etabliert,
- ▷ Maßnahmen zur Stärkung der Attraktivität von Berufen im Bereich Erziehung sind ergriffen,
- ▷ die Anzahl von pädagogischen Fachkräften, insbesondere solchen mit Migrationshintergrund, ist gestiegen,
- ▷ am Gemeinwesen orientierte Bildungsprojekte haben gezielte Förderung erfahren,
- ▷ Maßnahmen zur Stärkung der interkulturellen und interreligiösen Kompetenz von Kindern, Jugendlichen und Mitarbeitenden sind durchgeführt,
- ▷ Maßnahmen zur Förderung des Bildungserfolges von benachteiligten Gruppen sind durchgeführt,
- ▷ der Bildungserfolg von Quereinsteigern ins Bildungssystem ist gefördert.

MASSNAHMEN

- ▷ Runde Tische in Stadtteilen mit strukturschwachen Gemeinden zur Koordinierung von Maßnahmen werden gegründet,
- ▷ der Spracherwerb in Kindertagesstätten wird zum durchfinanzierten Bestandteil der Linienarbeit,
- ▷ am Gemeinwesen orientierte Gemeindeaufbaumodelle, die diakonische Aspekte berücksichtigen, werden entwickelt,
- ▷ außerschulische Möglichkeiten zur Alphabetisierung von Analphabeten werden in Gemeinden geschaffen,
- ▷ Ehrenamtliche werden zur Begleitung von Menschen mit Migrationshintergrund qualifiziert,
- ▷ Fachtage zum Thema Migration werden in Kooperation mit benachbarten Landeskirchen durchgeführt.

3

ZIELE UND MASSNAHMEN⁵⁶



3. 4. DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNG UND ENTWICKLUNG DER MITARBEITERSCHAFT

ZIELE

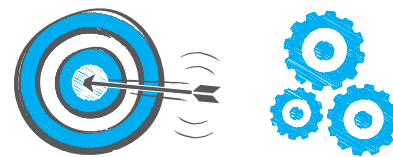
- ▷ Angepasste Konzepte für Kinder- und Jugendarbeit im ländlichen Raum sind entwickelt,
- ▷ für Religionsunterricht und Jugendarbeit sind ausreichend Mitarbeitende gewonnen,
- ▷ als Zugangsvoraussetzung für kirchliche Arbeitsfelder sind weitere pädagogische Abschlüsse zugelassen (ggf. mit religionspädagogischer Nachqualifizierung),
- ▷ Personalförderung der älter werdenden Mitarbeiterschaft ist am Lebenszyklus ausgerichtet,
- ▷ Bildungsarbeit mit Senioren/-innen ist flächendeckend aufgebaut.

MASSNAHMEN

- ▷ Kooperationen werden durch Beratung, Begleitung und Unterstützung innovativer Modelle gefördert,
- ▷ in Zusammenarbeit mit Vertretern der betroffenen Institutionen werden Werbekonzepte erarbeitet mit dem Ziel, mehr Studierende für das Studienfach Ev. Theologie an den Pädagogischen Hochschulen, der Evangelischen Hochschule Freiburg und der Universität Heidelberg zu gewinnen,
- ▷ kirchliche Bildungsarbeit mit älteren Menschen wird ausdifferenziert, das Konzept „Seniorenarbeit“ wird umgesetzt.
- ▷ selbstorganisierte Altenarbeit in Kooperation mit kommunalen Einrichtungen wird initiiert und unterstützt,
- ▷ Bildungsangebote werden in verschiedenen Lebenslagen und biografischen Umbruchsituationen bereitgestellt.

3

▷ ZIELE UND MASSNAHMEN⁵⁶



3. 5. FAMILIE (FRÜHKINDLICHE BILDUNG, GENERATIONENÜBERGREIFENDE BILDUNG)

ZIELE

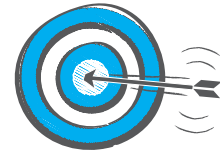
- ▷ Durch christliche Bildungsarbeit in Kitas, Familienzentren und Schulen sind Zugänge zu religiösen Erfahrungen und Möglichkeiten zur Taufe eröffnet,
- ▷ der Aufbau familienfreundlicher Gemeinden ist gestärkt,
- ▷ christliches Leben und religiöse Sprachfähigkeit in den Familien ist durch Anregungen für die spirituelle Praxis im Alltag gestärkt,
- ▷ ein innovatives, nicht primär an Familien orientiertes Modell für Bildungsarbeit ist erprobt.

MASSNAHMEN

- ▷ Fortbildungsangebote im Bereich religiöse Erziehung in Kitas, Gemeinden und Schulen werden entwickelt und durchgeführt,
- ▷ Religionspädagogische Fortbildungen für Pädagogische Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen werden flächendeckend angeboten.
- ▷ biografisch orientierte Kurse zum Glauben für Kita-Eltern und Konfirmanden/-innen-Eltern werden entwickelt und durchgeführt,
- ▷ für das Thema Taufe als Querschnittsthema im Religionsunterricht wird Material erstellt und werden Fortbildungen angeboten,
- ▷ Tauffeste und andere Modelle von Taufvorbereitung und Taufe in Verbindung mit Kitas und Familienzentren werden entwickelt und gefördert,
- ▷ das Projekt „Netzwerk Familienarbeit“ im Kirchenbezirk wird durchgeführt,
- ▷ Begegnungs- und Lernräume für Familien mit Kindern und zwischen den Generationen werden geschaffen (u. a. Beteiligung Älterer, Vorlese- und Erzählprojekte, Patenprojekte für Flüchtlingskinder),
- ▷ ein Projekt zu innovativer Bildungsarbeit mit jungen Erwachsenen wird durchgeführt und ausgewertet.

3

ZIELE UND MASSNAHMEN ⁵⁶



3.6. INKLUSION

ZIELE

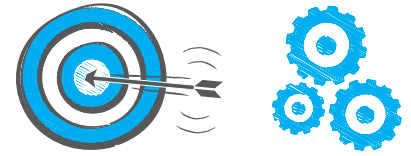
- ▷ Die Herausforderungen und Aufgaben von Inklusion im Bildungsbereich sind im Rahmen eines Aktionsplans gebündelt,
- ▷ neu eingeführte Ansätze inklusiver Arbeit (Projekt Diversity-Management, InRuKa – Inklusiver Religionsunterricht und Konfirmandenarbeit, Fortbildungen zur Inklusion in Kindertageseinrichtungen) sind weiter ausgebaut,
- ▷ bestehende Angebote sind evaluiert,
- ▷ Inklusion ist in evangelischen Kindertageseinrichtungen und evangelischen Schulen weiterentwickelt.

MASSNAHMEN

- ▷ Ein Aktionsplan Inklusion im Bildungsbereich wird erstellt,
- ▷ Weiterbildungen von Inklusionsberatern/-innen für RU und Gemeindepädagogik werden durchgeführt,
- ▷ die Angebote von „INRUKA“ und „INTAKT“ werden evaluiert,
- ▷ Best Practice-Beispiele von Inklusion in evangelischen Kitas, Schulen und im evangelischen Religionsunterricht werden dokumentiert,
- ▷ Politikberatung zur Gleichbehandlung der Evangelischen Schulen und Kitas in Sachen Inklusion durch Gremienarbeit (z. B. Interko, Evangelisches Schulwerk, Arbeitsgemeinschaft freier Schulen [AGFS]) wird durchgeführt,
- ▷ Bildungsangebote, die Menschen unterschiedlicher sozialer Herkunft auf Augenhöhe miteinander in Kontakt bringen (Projekt „Perspektivwechsel“), werden entwickelt,
- ▷ ein Fachtag der Evangelischen Erwachsenenbildung zum Thema „Inklusion“ findet 2017 in Kooperation mit einer Kommune vor Ort statt.

3

▷ ZIELE UND MASSNAHMEN⁵⁶



3.7. FRIEDENSBILDUNG

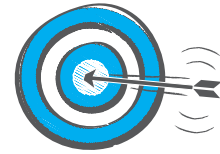
ZIELE

- ▷ Die friedenspädagogischen Teile des Beschlusses der Landessynode zur Friedensethik sind umgesetzt.

MASSNAHMEN

- ▷ Ein Institut für Friedens- und Menschenrechtspädagogik wird an der EH-Freiburg eingerichtet,
- ▷ ein Fachtag zum Thema „*Friedenserziehung*“ mit den Arbeitsbereichen Religionsunterricht und Erwachsenenbildung findet statt,
- ▷ zwei Fachtagungen mit Christen, Juden und Muslimen sowie ein ganzjähriger Prozess mit verschiedenen Dialoggruppen zu Gewalt- und Friedenspotenzialen in den Religionen und Umsetzung interreligiöser Konvivenz finden statt,
- ▷ Multiplikatoren zur zivilen Konfliktbearbeitung (Mediatoren, Friedensfachkräfte, Begleitung von Bürgerdialogen) werden ausgebildet,
- ▷ neue friedenspädagogische Angebote werden entwickelt und bestehende Programme wie „*Jugendliche werden Friedensstifter*“, „*Freiwilliger ökumenischer Friedensdienst*“ (FöF) und „*Streitschlichter an Schulen*“ werden fortgeführt,
- ▷ aktive gewaltfreie Konfliktbearbeitung und Methoden der Friedensarbeit werden als verbindliche Inhalte in die Aus-, Fort- und Weiterbildung aufgenommen,
- ▷ Friedensfachkräfte werden an Schulen, in Gemeinden und zu Veranstaltungen eingeladen, um den Zivilen Friedensdienst und die Zivile Konfliktbearbeitung als Alternative zu militärischem Handeln bekannt zu machen.

3

▷ ZIELE UND
MASSNAHMEN ⁵⁶

3. 8. MEDIEN IN DER EVANGELISCHEN BILDUNGSARBEIT

ZIELE

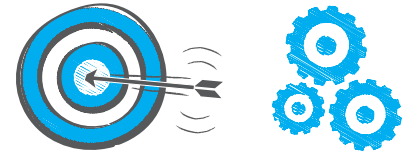
- ▷ Die Evangelische Kirche hat den digitalen Wandel und die epochalen Veränderungen im Rahmen ihrer kirchlichen Kommunikation aktiv mitgestaltet,
- ▷ die Kompetenz im Umgang mit digitalen Medien von beruflich und ehrenamtlich Mitarbeitenden sowie evangelischen Religionslehrkräften ist gestärkt,
- ▷ die aufgeworfenen theologischen, medienethischen Fragen sind theologisch bearbeitet,
- ▷ Maßnahmen zur Vernetzung innerkirchlicher und externer Experten/-innen, bestehenden Projekten, Initiativen und Institutionen bezüglich der digitalen Gesellschaft sind ergriffen,
- ▷ die Träger kirchlicher und diakonischer Arbeit nutzen die inklusiven Chancen der Digitalisierung.

MASSNAHMEN

- ▷ Eine evangelische Medienethik mit Standards für die Landeskirche wird entwickelt,
- ▷ Fortbildungen in Urheber- und Medienrecht, Datenschutz und Jugendmedienschutz werden durchgeführt,
- ▷ eine flächendeckende Beratung der Gemeinden für den Einsatz von Social Media wird durchgeführt,
- ▷ das Nutzungsverhalten digitaler Medien durch die Mitarbeitenden der Landeskirche wird den medientechnischen Herausforderungen angepasst.

3

▷ ZIELE UND MASSNAHMEN⁵⁶



3. 9. EHRENAMT BRAUCHT BILDUNG

ZIELE

- ▷ Konzepte und Modelle der Ehrenamtsförderung, orientiert an Gaben, Motivationen und Bedürfnissen der Freiwilligen, sind entwickelt,
- ▷ die Bildungsangebote für Ehrenamtliche sind in qualitativer und quantitativer Hinsicht ausgebaut in allen Arbeitsfeldern unter den Aspekten von Gewinnung, Begleitung und Qualifizierung,
- ▷ eine ökumenische Abstimmung kirchlicher Positionierungen hat stattgefunden mit dem Ziel der Verbesserung der gesellschaftspolitischen und bildungspolitischen Rahmenbedingungen des ehrenamtlichen Engagements,
- ▷ die Ältestenkreise sind auf die sich ihnen stellenden Herausforderungen (finanzielle und gebäudemäßige Veränderungen, neue Formen der Kooperation, interreligiöser und interkultureller Dialog) hin geschult.

MASSNAHMEN

- ▷ Die Fortbildungsangebote werden an die veränderten Rahmenbedingungen angepasst und zu einem Ehrenamts-Bildungskonzept für die Gewinnung, Begleitung und Qualifizierung in den Arbeitsfeldern ausgestaltet,
- ▷ Initiativen werden ergriffen, um Ehrenamtliche früh zu gewinnen, zu beteiligen und zu qualifizieren (Konfirmandenarbeit, Kindergottesdienst, Kinder- und Jugendarbeit),
- ▷ ein Fortbildungskonzept für ehrenamtliche Leitungspersonen auf Gemeinde- und Bezirksebene wird entwickelt,
- ▷ die kirchliche Vertretung in politischen Gremien wird geklärt und gestärkt,
- ▷ Fortbildungsformate, die die Möglichkeiten des Bildungszeitgesetzes nutzen, werden entwickelt.

4

▷ MASSNAHMEN DES BILDUNGSGESAMTPLANS 2009 UND IHRE DURCHFÜHRUNG

MASSNAHME

UMSETZUNG

1. Evangelische Bildungsarbeit sowohl in der Kirche als auch in der Bildungsöffentlichkeit vorzustellen und ihre Bedeutung aufzuzeigen

1.1. Den Bildungsgesamtplan in allen Kirchenbezirken vorstellen, die Bedeutung von Bildung für Kirche, ihre Gemeinden und ihre Diakonie gemeinsam reflektieren und regionale Vereinbarungen treffen.

1.2. In allen Bezirken alle zwei Jahre einen Runden Tisch „*Evangelische Bildungsarbeit*“ durchführen.

1.3. 2012 einen Kongress „*Kirche und Bildung*“ mit Bezug zur Feier des 450-jährigen Jubiläums des Heidelberger Katechismus durchführen.

1.1. Der Bildungsgesamtplan wurde in allen Kirchenbezirken vorgestellt, eine gemeinsame Reflektion fand statt. Teilweise wurden regionale Vereinbarungen getroffen.

1.2. Die Schuldekane/-innen haben in den meisten Fällen Runde Tische „*Bildung*“ eingeführt, die sich regelmäßig treffen.

1.3. Kongresszentrum 10/2012 mit 1.800 Lehrkräften in der Stadthalle Karlsruhe zum Thema „*Suchet der Schule Bestes*“.

2. Den Beitrag des evangelischen Christentums für persönliches, gesellschaftliches, kulturelles und globales Leben erfahrbar machen

2.1. Ausbau der Familienbildung vor allem durch Familienzentren unter Einbezug von Kooperationsstrukturen.

2.2. Angebote einer evangelischen Bildungsarbeit für Partner, Ehepaare und Familien im Lebenslauf weiterentwickeln.

2.3. Aufbau regionaler Verbände zu den Themen „*Lebenskunst*“ sowie zu „*Bedingungen des Zusammenlebens*“ (Ökologie, Wirtschaft, Politik, Recht) in Kooperation mit anderen Bildungsakteuren (wie z. B.

2.1. Projekt Netzwerk Familienarbeit im Kirchenbezirk in Planung.

2.2. Läuft in unterschiedlicher Intensität in den Bezirks- und Regionalstellen der Evangelischen Erwachsenenbildung in Baden.

2.3. Regionale Kooperationen mit anderen Bildungsakteuren (z. B. Theatern und Museen) sind aufgebaut, vielfältige Anregungen zu Veranstaltungen zum Themengebiet auf der

Theatern, Museen, literarischen Zirkeln), in denen säkulare und religiöse Perspektiven ins Gespräch kommen; Initiativen des konziliaren Prozesses umsetzen.

2.4. Stärkung ökumenischer Bildungsarbeit.

2.5. Verstärkung interkultureller und interreligiöser Bildung durch Fortbildung von Erziehenden, Lehrenden und Gruppenleitern sowie durch Austausch, Begegnung und Teilhabe an ökumenischen Beratungsprozessen, durch Partnerschaften, den Ausbau freiwilliger Friedensdienste, Auslandsstudien.

2.6. Entwicklung und Implementierung eines Konzeptes „*Basale Religionspädagogik*“ für Kinder in Kindertageseinrichtungen unter drei Jahren.

2.7. Christliches Medienangebot für Jugendliche, junge Erwachsene, z. B. Internetarbeit.

2.8. Zu unterschiedlichen Lebenssituationen entwickeln Erwachsene entsprechende Formen der Bildungsarbeit mit Älteren.

Seite „*Abenteuer im Wort*“ und Workshops auf Bezirksebene.

2.4. Profilierte milieuspezifische Angebote und Kooperationen zu gesellschaftsrelevanten Themen; Förderung fachlicher, methodischer, sozialer und politischer Kompetenzen (auch berufsbezogen) durch Veranstaltungen.

2.5. Interkulturelle Trainings mit insgesamt circa 3.585 Personen (Modul 1 und 2 und Workshops; Veranstaltungen) wurden durchgeführt, außerdem circa 30 interreligiöse Seminare und Veranstaltungen sowie ein einjähriger Grundkurs zu Judentum und Islam.

2.6. Die Entwicklung und Implementierung des Konzeptes ist erfolgt (vgl. Arbeitshilfe „*Religion von Anfang an*“) und ist kontinuierlicher Bestandteil der Fortbildungen des Bildungshauses Diakonie. Regelmäßige Fortbildungen zur Umsetzung dieses Auftrages „*Religionspädagogik mit den Kleinsten*“ sowie „*In der Krippe biblische Geschichten erzählen*“.

2.7. Gründung eines Medienportals unter dem EKD-weiten Dach *medienzentralen.de*. Hier können für RU-Lehrkräfte Impuls-Kurzfilme, Dokumentationen und Spielfilme heruntergeladen werden. Das Portal wird vom RPI betrieben. Seit 2012 Projekt Glauben2017 mit rund 500 regelmäßigen Nutzern.

2.8. Erarbeitung der Konzeption „*Leben in Fülle und Würde*“; Kirche kompetent fürs Alter; referatsübergreifende Umsetzung der Konzeption unter der Leitung des Fachteams „*Alter und demografischer Wandel*“ in Nord- und Südbaden.

3. Der Gesellschaft mit den vielfältigen Angeboten dienen

- | | |
|---|--|
| <p>3.1. Gründung von drei weiteren evangelischen Schulen.</p> | <p>3.1. Nachdem 2008 und 2009 neue Evangelische Grundschulen in Heidelberg und Karlsruhe gegründet wurden, entstand in Freiburg 2011 eine Realschule, der 2015 eine Gemeinschaftsschule angeschlossen wurde (nun: Montessori-Schulhaus). Auch die Evangelische Grundschule Karlsruhe wurde um eine Gemeinschaftsschule erweitert (nun: Jakobusschule). Schloss Gaienhofen, die Evangelische Schule am Bodensee, wurde um einen Realschulzweig erweitert.</p> |
| <p>3.2. Aufbau eines Badischen Schulwerkes in Zusammenarbeit mit Württemberg.</p> | <p>3.2. Im Januar 2010 wurde das Evangelische Schulwerk Baden gegründet, das aufgrund eines Kooperationsvertrages mit dem Evangelischen Schulwerk Württemberg gemeinsam auftritt und aktiv ist. Die Geschäftsstelle ist in Stuttgart. Über die Rechtsform wird derzeit verhandelt.</p> |
| <p>3.3. Das schulpolitische Papier und die Stellungnahme der Synode bekannt machen und erläutern.</p> | <p>3.3. Das schulpolitische Papier „<i>Freiheit, Gerechtigkeit – Verantwortung</i>“ wurde am 28. März 2009 in der Landessynode verhandelt und verabschiedet.</p> |
| <p>3.4. Weitersicherung des Religionsunterrichts an Beruflichen Schulen.</p> | <p>3.4. Der Religionsunterricht an Beruflichen Schulen wird derzeit in Baden-Württemberg staatlicherseits insofern hinterfragt, als der Anteil konfessionsloser Schüler/-innen und Schüler längst über 30 % der Schülerschaft ausmacht. Die Unterrichtsversorgung mit qualifizierten Lehrkräften wird von den Regierungspräsidien gewünscht und auch betrieben. Derzeit wechseln viele gymnasial ausgebildete Lehrkräfte auch in den BRU. Wenn der Masterstudiengang BRU an der Evangelischen Hochschule Freiburg erneut aufgelegt wird, können Masterabsolventen auch an Beruflichen Schulen dazu beitragen, die Lehrerversorgung zu sichern. In den kommenden Jahren werden für Berufliche Schulen neue, kompetenzorientierte Lehrpläne zu entwickeln sein.</p> |
| <p>3.5. Vernetzung diakonischer Bildung in der Region mit anderen Bereichen evangelischer Bildungsarbeit angesichts zunehmender Armut.</p> | <p>3.5. –</p> |

3.6. Entwicklung von Initiativen zum Aufbau gemeindlicher Kinder- und Jugendarbeit.

3.7. Einrichtung von mindestens einem Modell einer schulnahen Jugendarbeit in allen Kirchenbezirken.

3.8. Entwicklung und Vermittlung von Formen einer Spiritualität im Alter sowie in der Pflege.

3.6. Im Rahmen des Zukunftsprozesses innerhalb der Evangelischen Jugend „*Jugend stärken – Partizipation fördern*“ sind u. a. die Themen „*flächendeckende Jugendarbeit*“ und „*neue Zielgruppen gewinnen*“ in allen Kirchenbezirken thematisiert worden. Daraus entstanden zahlreiche Initiativen, die nicht zentral erfasst sind.

3.7. Daneben sind auch im Kirchenkompassprojekt „*Jugendkirchen in Kirchenbezirken*“ (2010–2014) neue Formen von gemeindlicher Kinder- und Jugendarbeit entstanden sowie durch das Jugendkompassprojekt in circa zehn Bezirken solche Initiativen gestartet worden.

3.8. „*Spiritualität*“ ist fester Bestandteil der regelmäßigen Fortbildungen und Fachtage. „*Rituale für leidvolle Lebenssituationen*“ in Zusammenarbeit mit Diakonischem Werk Baden für Mitarbeitende in der Pflege; biografisches Arbeiten zu Glaubens- und Lebensfragen („*Glaubensschätze heben*“) für Mitarbeitende in der Seniorenarbeit (EEB); Bereitstellung monatlicher geistlicher Impulse und Gestaltungsentwürfe für Seniorennachmittage an 900 Multiplikatoren/-innen (EEB); Theologischer Salon zur Spiritualität im Alter (EEB Odenwald-Tauber); Glaubenskurs für Hochbetagte (AMD).

4. Mitglieder für Kirche und ihre Gemeinden gewinnen und pflegen

4.1. Initiative für Taufe und für religiöse Erziehung in der Familie.

4.2. Entscheidungshilfen für Konfirmationen geben, z. B. im RU über Konfirmation informieren.

4.1. Während des Jahres der Taufe (2011) wurde eine Reihe von großen Tauffesten durchgeführt, zu deren Vorbereitung Taufelternseminare entwickelt und durchgeführt wurden. Außerdem wurden Werbematerialien entwickelt, um Familien zur Taufe ihrer Kinder einzuladen. Die Materialien sind unter www.gug.ekiba.de dokumentiert und zur Nutzung aufbereitet.

4.2. Die Erstellung und Verteilung einer Arbeitshilfe inklusive DVD „*Geld oder Glaube*“ (2011) an die Religionslehrkräfte über die Schuldekanate.

- | | |
|--|---|
| <p>4.3. Erwachsenen glauben.</p> | <p>4.3. In Aufnahme der Kampagne „<i>erwachsen glauben</i>“ der EKD wurden von 2011 bis 2016 in verschiedenen Regionen der Landeskirche intensiv beworbene Kampagnen durchgeführt, bei denen eine Vielzahl von Kursen zum Glauben veranstaltet und evaluiert wurden. Zur Vorbereitung und Durchführung von solchen Kursen wurden Materialien erarbeitet und werden kontinuierlich Fortbildungen angeboten. Das Ziel, Kurse zum Glauben zu einem Regelangebot Evangelischer Kirche zu machen, wurde in einigen Kirchenbezirken bereits erreicht, in anderen Regionen ist die Landeskirche noch auf dem Weg dorthin.</p> |
| <p>4.4. Ausweitung von Bildungsangeboten in der Tourismusarbeit, u. a. durch Erschließung des Kirchenraums, sowie Fremdsprache und ökumenische Gastfreundschaft für Touristen anderer Sprache und Herkunft.</p> | <p>4.4. Im Rahmen des Projektes Tourismusarbeit wurden von 2012–2015 an drei Standorten Angebote für Touristen entwickelt und durchgeführt, die auch starke Bildungsanteile haben (z. B. offene Radwege-Kirchen im Taubertal, spirituelle Pilgerwanderungen, Geo-Caching zu Psalmen im Schwarzwald). Außerdem entstand eine in hoher Auflage gedruckte Broschüre zu „<i>Spuren der Reformation in Baden-Württemberg</i>“. Die regelmäßige Gestaltung fremdsprachiger Gottesdienste ließ sich bisher noch nicht umsetzen.</p> |
| <p>4.5. Verantwortungseliten gewinnen und protestantisch profilieren.</p> | <p>4.5. Das landeskirchliche Projekt Verantwortungseliten wurde nach Startschwierigkeiten nicht weitergeführt. Impulse aus dem Projekt werden durch die jugendpolitischen Referenten/-innen-Stellen in der Schülerarbeit und der Akademie fortgeführt.</p> |
| <p>4.6. Modelle entwickeln und ausprobieren, wie neue Milieus gewonnen werden können.</p> | <p>4.6. Diese Fragestellung wurde und wird vor allem umgesetzt durch folgende Maßnahmen:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▷ milieusensible Kurse zum Glauben veranstalten ▷ Reflexion und Aufnahme von Impulsen aus der Bewegung Fresh-Expression ▷ Handbücher zur milieusensiblen Gestaltung von Kasualien (bisher erschienen: Taufe, Bestattung) |
| <p>4.7. Aufbau eines Netzwerkes christlicher Popmusik.</p> | <p>4.7. –</p> |

5. Zur Mitarbeit in der Kirche und ihren Gemeinden befähigen

- | | |
|---|--|
| <p>5.1. Entwicklung und Implementierung einer Konzeption für die Mitarbeit in Gemeinde und Diakonie sowie für die Gewinnung von Mitarbeitenden in verschiedenen Handlungsfeldern evangelischer Bildungsarbeit.</p> | <p>5.1. –</p> |
| <p>5.2. Einführung von Bezirksbeauftragten für Konfirmandenarbeit (KA).</p> | <p>5.2. Stand 2016 gibt es in 14 Kirchenbezirken Bezirksbeauftragte für Konfirmandenarbeit; obligatorische Einführung des Bezirksamtes durch die Ordnung der Konfirmandenarbeit (Gesetz, geplant 2016).</p> |
| <p>5.3. Aufbau und Einführung von KU 3 mit Kindern zwischen 10 und 13; ehrenamtliche Mitarbeit von Eltern einschließlich qualifizierender Maßnahmen.</p> | <p>5.3. Entwickelt und durchgeführt von Gemeindediakonin U. Mickel. In 40 Gemeinden wird KU 3 durchgeführt. Materialien und Konzeption liegen vor. Das Projekt endet 09/2016.</p> |
| <p>5.4. Entwicklung eines Modells „<i>Evangelische Kinder zwischen 10 und 13, Ministranten/-innen</i>“.</p> | <p>5.4. Weiterentwickelt in der Friedensgemeinde Karlsruhe.</p> |

6. Qualität sichern und weiterentwickeln

- | | |
|---|---|
| <p>6.1. Alle fünf Jahre Fortschreibung des vorliegenden Bildungsberichtes (Teil D) und Beteiligung am Bildungsbericht der EKD zu den Schwerpunkten Religionsunterricht, Evangelische Schulen und Kindertageseinrichtungen.</p> | <p>6.1. Der vorliegende Bericht stellt diese Fortschreibung dar.</p> |
|---|---|

7. Die Strukturen evangelischer Bildungsarbeit den Erfordernissen der Zeit anpassen

- | | |
|---|--|
| <p>7.1. Koordination der Bildungsarbeit der Landeskirche im Referat für Bildung und Erziehung in Zusammenarbeit mit dem Kollegium.</p> | <p>7.1. Der vorliegende Bildungsgesamtplan bildet diese Form der Zusammenarbeit ab.</p> |
| <p>7.2. Neuordnung der Handlungsfelder Akademie und Erwachsenenbildung durch eine profilierte Ausrichtung der Evangelischen Akademie an Themen und Fragestellungen gesellschaftlicher Leitmilieus und Aufbau einer Abteilung Erwachsenen- und Familienbildung.</p> | <p>7.2. Strukturelle Veränderungen der Akademie und Neuausrichtung der Themenbereiche (Gesellschaft, Politik, Recht, Neue Medien, Kultur, Weltanschauungen, KDL, KDA, Geistliches Leben, Spiritualität, Jugendpolitische Bildung, Diversity).</p> |
| <p>7.3. Vernetzung und Zusammenführung der Fort- und Weiterbildungsarbeit von Kirche und Diakonie unter besonderer Berücksichtigung der Fortbildung Ehrenamtlicher.</p> | <p>7.3. –</p> |

ZIELE ERREICHEN



Foto: katty2016, fotolia.com

5

▷ FUBNOTEN

- 1 Freiheit und Liebe. Bildungsgesamtplan der Evangelischen Landeskirche in Baden, Karlsruhe 2009, S. 3.
- 2 Ebd. S. 91–93.
- 3 Claus Westermann, Theologie des Alten Testaments in Grundzügen, Grundrisse zum Alten Testament, Band 6, Göttingen 1978, S. 81ff. B. Janowski, Die lebendige Statue Gottes, in M. Witte (Hrsg.), Gott und Mensch im Dialog, FS O. Kaiser, BZAW 345/1, 2004, S. 183–214.
- 3 J. Baumert, Deutschland im internationalen Bildungsvergleich. In: N. Killius, u. a. (Hrsg.), Die Zukunft der Bildung, Frankfurt a. M. 2002, versucht eine Grundstruktur der Allgemeinbildung vorzulegen. Er beschreibt Modi der „Weltbegegnung“ die entweder als „kognitiv-instrumentelle Modellierung der Welt“, „ästhetisch-expressive Begegnung und Gestaltung“, „normativ-evaluative Auseinandersetzung mit Wirtschaft und Gesellschaft“ oder als „Probleme konstitutiver Rationalität“ thematisiert werden können. Bildung aus evangelischer Perspektive wird dabei unzulässig auf „Probleme konstitutiver Rationalität“ beschränkt und damit verkürzt.
- 5 „Die Schöpfung als geordneten Prozess zu denken, scheint mir der im Augenblick angemessenste Weg, um die scheinbaren Widersprüche von Schöpfung und Evolution, Allmacht und Theodizee, Monolatrie und Pluralismus zu entkommen.“ Roland Faber: *Gott als Poet der Welt. Anliegen und Perspektiven der Prozess-theologie*, Darmstadt 2003.
- 6 Erinnerung sei an Martin Luthers Lied „Aus tiefer Not schrei zu dir“ (EG 299), Strophe 2: „Bei dir gilt nichts denn Gnad und Gunst, die Sünden zu vergeben. Es ist doch unser Tun umsonst auch in dem besten Leben. Vor dir niemand sich rühmen kann. Des muß dich fürchten jedermann und deiner Gnade leben“.
- 7 W. Klafki, Didaktische Analyse als Kern der Unterrichtsvorbereitung, Weinheim 1958, S. 251–284, hier S. 283.
- 8 Mit der Unterscheidung in Bildungsorte und Lernwelten unternimmt der Zwölfte Kinder- und Jugendbericht den Versuch einer systematisierenden Klärung.
- 9 Zu den wesentlichen Bildungsorten zählt der Zwölfte Kinder- und Jugendbericht (am leichtesten auffindbar unter: http://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibls/Zwoelfter_Kinder-und_Jugendbericht.pdf) die Schule sowie die außerschulische Jugendbildung und Schnittfelder zwischen diesen beiden. Unter Bildungs-orten sind außerdem Betriebe, Hochschulen, kommerzielle Bildungsangebote wie Nachhilfeschulen und andere zu fassen.
- 10 An diesem Punkt besteht eine große Nähe zum Bildungsverständnis der Bildungsberichterstattung der Kultusministerkonferenz von 2012, S.2: „Indem die Bildungseinrichtungen gesellschaftliche Teilhabe und Chancengleichheit fördern, wirken sie systematischer Benachteiligung aufgrund der sozialen Herkunft, des Geschlechts, der nationalen oder ethnischen Zugehörigkeit entgegen“: <http://www.bildungsbericht.de/de/bildungsberichte-seit-2006/bildungsbericht-2012/pdf-bildungsbericht-2012/lbb-2012.pdf>
- 11 Kirchenamt der evangelischen Kirche in Deutschland/ Sekretariat der deutschen Bischofskonferenz 1997, S. 46.

- 12 Viele Gemeinschaftsschulen präferieren ein System, das es ermöglicht, die Verbalbeurteilungen jederzeit in Noten umzuwandeln. Vgl. U. Hauser (Hg.) u. a., *Religionsunterricht an den Gemeinschaftsschulen*, Karlsruhe 2015.
- 13 Die folgenden Gedanken beziehen sich auf *Freiheit, Gerechtigkeit und Verantwortung – Perspektiven der Evangelischen Landeskirchen für die aktuelle Bildungs- und Schulpolitik in Baden-Württemberg*, Karlsruhe/Stuttgart, 2008 und *Gerechte Teilhabe – Befähigung zu Eigenverantwortung und Solidarität. Eine Denkschrift zur Armut in Deutschland*, Gütersloh 2006.
- 14 Europäischer Rat, 2000.
- 15 PIACC ist eine internationale Studie zur Untersuchung von Alltagsfertigkeiten Erwachsener. Näheres unter <http://www.gesis.org/piaac/piaac-home/>. Bei „level one“ handelt es sich um eine Studie, die versucht, den Grad des Analphabetismus in der Gesellschaft festzustellen. Näheres unter <http://blogs.epb.uni-hamburg.de/leo/>.
- 16 http://www.kultusportal-bw.de/Lde_DE/773605.
- 17 Genau 23 %. Siehe: *Religionsmonitor 2013. Verstehen was verbindet. Religion und Zusammenhalt in Deutschland. Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick*, S. 3. Zu finden unter: http://www.bertelsmannstiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/Infomaterialien/Religionsmonitor_2013.pdf.
- 18 Evangelische Kirche in Deutschland, *Engagement und Indifferenz. Kirchenmitgliedschaft als soziale Praxis*, V. EKD-Erhebung über Kirchenmitgliedschaft, Hannover 2014, S. 17. Zu finden unter: <https://www.ekd.de/EKD-Texte/kmu5.html>.
- 19 *Religionsmonitor*, S. 9.
- 20 Ebd., S. 9.
- 21 Ebd., S. 4.
- 22 Rat der EKD, *Christlicher Glaube und religiöse Vielfalt in evangelischer Perspektive*. Ein Grundlagentext des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Gütersloh 2015, S. 19.
- 23 Ebd., S. 16.
- 24 Ebd., S. 16.
- 25 Rat der EKD, *Das rechte Wort zur rechten Zeit*. Eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland zum Öffentlichkeitsauftrag der Kirche, Gütersloh 2008, S. 44; vgl. Rat der EKD, *Religiöse Orientierung gewinnen*, S. 23.
- 26 Rat der EKD, *Christlicher Glaube und religiöse Vielfalt*, S. 25.
- 27 Rat der EKD, *Religiöse Orientierung gewinnen*, S. 69.
- 28 Rat der EKD, *Christlicher Glaube und religiöse Vielfalt*, S. 30.
- 29 https://www.ekd.de/EKD-Texte/pluralitaetsfaehigkeit_als_bildungsziel.html.
- 30 Rat der EKD, *Religiöse Orientierung gewinnen*. *Evangelischer Religionsunterricht als Beitrag zu einer pluralitätsfähigen Schule*. Eine Denkschrift des Rates der EKD, Gütersloh 2014, S. 57.
- 31 Ebd., S. 42.
- 32 Themenheft. *Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung in Baden-Württemberg* (2013), hrsg. vom Landesinstitut für Schulentwicklung Baden-Württemberg.
- 33 *Der Vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung* (deutsch – Kurzfassung), Berlin 2013, S. XIII f.
- 34 *Der Zugang zum christlichen Glauben in evangelischer Prägung ist in hohem Maße an die Verstehens- und Lesefähigkeit gekoppelt*. Nicht ohne Grund empfahlen die Reformatoren die Ausweitung des Schulwesens, um elementare Kulturtechniken möglichst breiten Bevölkerungsgruppen zugänglich zu machen und damit wichtige Vorausset-

- zungen für den Zugang zu Glauben und zur Bibel zu ermöglichen.
- 35 <http://www.diakonie-hessen.de/aktuell/nachrichten/details/article/der-mythos-der-armutsmigration.html>. Die Anzahl der Flüchtlinge, die in Bildungseinrichtungen in Baden-Württemberg ankommen werden, ist nur schwer abschätzbar. Legt man den sogenannten *Königsteiner Schlüssel* zugrunde, so ist in Baden-Württemberg bei einer Million Flüchtlingen 2015 mit rund 120.000 Personen zu rechnen. Davon werden circa 80.000 in Württemberg und 40.000 in Baden untergebracht werden. Bei einem Anteil von rund 30 % unter 21 Jahren dürfte es sich alles in allem um 12.000 Personen handeln, von denen wiederum rund 3.000 möglicherweise in Kitas und etwa 9.000 in Schulen untergebracht werden müssen.
- 36 Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung – IAB [Hrsg.]: *Zuwanderungsmonitor Bulgarien und Rumänien* – Juni 2014.
- 37 *Vergleiche die Ziele und Maßnahmen in „Leben in Fülle und Würde. Kirche kompetent fürs Alter“*. Konzeption für die Arbeit mit älteren Menschen der Evangelischen Landeskirche in Baden und ihrer Diakonie vom 21. Oktober 2013.
- 38 14. Kinder- und Jugendbericht, Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Bestrebungen und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland, Bericht der Sachverständigenkommission an das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend mit der Stellungnahme der Bundesregierung, 2013, S. 156.
- 39 Vgl. Titel der Orientierungshilfe des Rates der EKD: *Zwischen Autonomie und Angewiesenheit. Familie als verlässliche Gemeinschaft stärken*, Gütersloh 2013.
- 40 14. Kinder- und Jugendbericht des BMFSFJ, S. 292.
- 41 Rat der EKD, *Es ist normal, verschieden zu sein. Inklusion leben in Kirche und Gesellschaft. Eine Orientierungshilfe des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland*, 2014, S. 19.
- 42 Ebd., S. 19.
- 43 Ebd., S. 17.
- 44 *Eckpunkte Inklusion der Evangelischen Landeskirche in Baden*, S. 3, <https://www.ekiba.de/html/media/dl.html?i=60200>.
- 45 Rat der EKD, *Es ist normal, verschieden zu sein*, a. a. O. 116.
- 46 S. 175.
- 47 *„Das Netz als sozialer Raum: Kommunikation und Gemeinschaft im digitalen Zeitalter“*: <http://www.medienkonzil.de/files/Impulspapier-Medienkonzil.pdf>.
- 48 *Jung und vernetzt. Kinder und Jugendliche in der digitalen Gesellschaft*. Hrsg. BITKOM – Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e. V., Berlin, zu finden unter: <https://www.bitkom.org/Publikationen/2014/Studien/Jung-und-vernetzt-Kinder-und-Jugendliche-in-der-digitalen-Gesellschaft/BITKOM-Studie-Jung-und-vernetzt-2014.pdf>.
- 49 Kundgebung der 11. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland auf ihrer 7. Tagung zur *„Kommunikation des Evangeliums in der digitalen Gesellschaft“*. Zu finden unter: http://www.ekd.de/synode2014/schwerpunktthema/beschluss_kundgebung.html.
- 50 Projektstelle Social Media – ein Zwischenstand, zu finden unter: <http://elkb-2punkt0.bplaced.net/wordpress/projektstelle-social-media-zwischenstand/>.
- 51 *Freiwilliges Engagement in Deutschland – Zentrale Ergebnisse des Deutschen Freiwilligensurveys 2014*, S. 418.
- 52 Ebd., S. 366.
- 53 Ebd., S. 93.
- 54 Ebd., S. 338.

- 55 Ebd., S. 131.
- 56 Die Federführung bzw. Zuständigkeit für die jeweiligen Maßnahmen muss in einem weiterführenden Verfahrensschritt festgelegt werden.
- 57 <https://www.fortbildung-bw.de/buendnis-fuer-lebenslanges-lernen/buendnisarbeit>
Das Bündnis für Lebenslanges Lernen (BLLL) wurde am 20. Dezember 2011 konstituiert. Dem Bündnis gehören rund 40 baden-württembergische Dachverbände, Organisationen und Einzleinrichtungen aus der allgemeinen, beruflichen und wissenschaftlichen Weiterbildung sowie der betroffenen Ressorts an. Seit 2012 arbeiten die Bündnispartner/-innen in mehreren Arbeits- und Fachgruppen zusammen, um die Kommunikation und Kooperation zwischen den Weiterbildungsträgern in Baden-Württemberg zu stärken, die Weiterbildungsbeteiligung benachteiligter Gruppen zu fördern, ein landesweites Netzwerk Weiterbildungsberatung aufzubauen sowie geeignete multimediale Instrumente für die Erwachsenenbildung zu prüfen und einzusetzen.
- 58 Der genaue Titel lautet:
„Youth academy: Demokratie – Werte – Vielfalt. Eine Initiative von Evangelischer Jugend und Evangelischer Akademie in Baden“.

▷ IMPRESSUM

GUT GEBILDET GLAUBEN

Bildungsgesamtplan der Evangelischen Landeskirche in Baden

Der Bildungsgesamtplan wurde in der Frühjahrssynode 2017 von der Landessynode der Evangelischen Landeskirche in Baden zur Kenntnis genommen.

Unter Mitarbeit von

Inge Bayer, Ulrike Bruinings, Michael Cares, Thomas Dermann, Franziska Gnädinger, Friederike Heidland, Holger Hoffmann, Sabine Jestadt, Anke Ruth-Klumbies, Detlef Meyer-Düttingdorf, Andreas Obenauer, Marion Roth, Herr Christoph Schneider-Harpprecht

Federführung

Dr. Uwe Hauser, Direktor des Religionspädagogischen Instituts

Gestaltung und Satz

Lisa Crocoll, Perfect Page, Karlsruhe

Druck

Zertifizierter Umweltdruck
Druckerei Lokay e. K.
Königsberger Str. 3, 64354 Reinheim

Titelbild

Goldengel, fotolia.com

Bilder

fotolia.com

